

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1044 a.
Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile
je 40 Pfg.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Fulda, Seltensstraße 19.
Chef der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Aufschriften, Abonnementbestellungen
u. Send an die Geschäftsstelle Seltens-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Die Bildungsbefrebungen der Arbeiter.

Zur prinzipiellen Rechtfertigung der Bildungsbefrebungen des Arbeiterstandes sollte eigentlich jedes Wort überflüssig sein. Wir leben in einem Staate der Rechtsgleichheit und gehen der vollständigen bürgerlichen Gleichberechtigung entgegen. Durch ihr allgemeines Wahlrecht, das mehr oder weniger vollkommen heute bei uns fast in allen Gemeinwesen allmählich durchgeführt wird, spricht unsere Gesellschaft die politische Reife ihres Volks in all seinen Teilen aus. Unser parlamentarischer Konstitutionalismus ist trotz seiner streng monarchischen Tendenz eine unverkennbare Anerkennung der politischen Verantwortlichkeit und damit auch Befähigung in allen Ständen, somit auch im Arbeiterstande.

Das Obligatorium der Volkshulbildung, dessen wir uns in Preußen-Deutschland erfreuen, hat vorbereitend den Volksgeist für die allgemein politischen und individuell beruflichen, sowie persönlichen Lebensaufgaben vorbereitet. Es kann also gar kein Zweifel sein, daß mit dem Fortschreiten der geistigen Kultur auch die untersten Stände mit ihren privilegierten Gesellschaftsgenossen mindestens Schritt halten wollen.

Wenn also jeder moderne Politiker und Freund des Gemeinwesens aus Gründen der Konsequenz und auch der Staatssicherheit der möglichst sorgfältigen Fortbildung des Volks das Wort reden muß, so wird dies auch der politisch indifferente Kulturmenschen tun müssen. Wer nämlich die Halbheit über sich gewinnt, das politische Leben gering zu achten, für den allgemeinen Menschheitsfortschritt aber zu schwärmen, der kann ebensowenig wie der Parlamentarier leugnen, daß der übergrößte Teil dieser kulturtragenden Menschheit den unteren Ständen angehört. Diese vom allgemeinen Streben ausschließen, bedeutete den Fortschritt zur Halbheit zu machen.

Die Geschichte hat hinreichend gelehrt, wie gefährdet eine Kultur ist, die der Monopolbesitz weniger ist; sobald irgend einmal die Masse und Macht über den Geist siegt, sei es bei einer Revolution, sei es bei einem Völkerkrieg, wird die gewaltsam zur Herrschaft gekommene Masse der ganzen Gesellschaft ihr Geistesgepräge aufdrücken. Dauernd gedeihende Geisteskultur muß auf den breiten Schultern des ganzen Volkes ruhen.

Vom staatsrechtlichen und allgemein kulturellen Standpunkt aus lassen sich die Arbeiter Bildungsbefrebungen trefflich rechtfertigen. Am einleuchtendsten wird sie aber immer die Weltanschauung der Menschenwürde und Nächstenliebe, das Christentum begründen. Steht der Mensch als Geisteswesen an der Spitze der irdischen Schöpfung, so ist es heißen Bemühens wert, das gottgebende Gut des Verstandes in der Menschheit zu pflegen. Wer dem Christentum Verdummungsabsichten zuschreibt, der versteht sein Wesen nicht, und hält sich an gelegentlichen Ausartungen und Mißverständnissen auf. Die Gotteskindschaft ist doch nicht nur ein wohlthuendes Verhältnis der Geborgenheit unter dem Vaterhuh des Allerhöchsten, sie birgt vielmehr zahlreiche Kindespflichten in sich. „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen,“ dies ewig bedeutsame Dichtermotiv läßt sich auf jedes Gotteskind anwenden und für die Menschheit bedeutet es die Mahnung, ihre edelsten Güter nicht verkümmern zu lassen, sondern sie im rastlosen Streben zu vervollkommen; im Kampf gegen die dunkeln Mächte der Trägheit sie immer wieder neu zu erobern.

Gott laß beschränkt nun die Lehre des Christentums die Gottesgabe des Verstandes und die Pflichten der Gotteskindschaft nicht nur auf wenige Bevorzugte. Dem Grade nach, und nach der speziellen Betätigungsrichtung ist ja die geistige Veranlagung individuell sehr verschieden und schließlich hat auch jeder Stand seine besonderen, ihm angewiesenen Gebiete des Arbeitens, Lernens und Fortschritts. Aber jeder normale Mensch ist ein Geistes-

wesen und daher geistiger Pflege wert. Menschen geister bilden ist sowohl Pflicht der Nächstenliebe, welche alle naturnotwendigen Unterschiede nach Möglichkeit mit Milde ausgleichen will, als auch eine Dankespflicht dem Schöpfer gegenüber. Ist es nicht ein herrliches Dankopfer der Gebildeten, geistig Bevorzugten, an der Bildung ihrer Mitbrüder zur Ehre des Gebers geistiger Fähigkeiten zu wirken!

Daher kein Wort mehr zur Rechtfertigung einer Bewegung, die heute längst selbstverständlich sein sollte. Treten wir nun der Frage, speziell der Arbeiterbildung, lieber praktisch näher.

Was ist Arbeiterbildung? Manche verstehen darunter einen gewissen äußeren Schiß oder gar äußeren Putz. Die damenähnlich aufgeputzte Arbeiterin und leider auch mancher gigerhafte Arbeiter kommen sich im Bewußtsein ihres Ansehens, vielleicht auch ihrer gequält gedrücktesten Bewegungen riesig gebildet vor. Ohne irgendwie zu verstehen, daß der äußere Mensch, Kleidung und Benehmen der inneren Würde durchaus entsprechen muß, verwerfen wir diese Auffassung natürlich als lächerliche Eitelkeit, die oft zu abstoßender Geschmacklosigkeit und Unbildung ausartet.

Nicht viel höher steht aber die Anschauung mancher, sogar organisierter Arbeiter, daß sich die Bildung im Sprechenskönnen verrate. Selbstverständlich ist es wünschenswert und anzustreben, daß auch der einfache Mann seine Gedanken klar und möglichst formvollendet zum Ausdruck bringen könne. Für den richtigen Gedanken die rechten Worte und für diese wieder die rechte Saphorm zu finden, das ist unweil ein Erfordernis wirklicher Bildung, obwohl auch viele tiefgebildete Personen zeitweilig im Ausdruck Irrisch und im Reden ungeschickt wie kleine Kinder bleiben. Man darf hierbei eben nicht vergessen, daß die Sprache um der Gedanken willen da ist und nicht umgekehrt. Als gefährlich ungebildet möchten wir z. B. den Arbeitstypus kennzeichnen, dem irgend ein nebenächlicher und des Neuherrns unwertter Gedanke willkommenes Mittel zum überflüssigen Zweck ist, seine Sprechgewandtheit an den Mann zu bringen.

Bildung ist und bleibt der Fonds gewisser Kenntnisse und vor allem die Fähigkeit, solche mit Verständnis aufzunehmen und zu verarbeiten.

Was soll nun aber der Arbeiter wissen und verarbeiten können? Zwei abschließende Beispiele möchten wir unseren Lesern vor Augen halten, um ihnen die Irrgänge falscher Bildungsbefrebungen zu zeigen. Das eine ist der Indifferente, welcher allen Problemen des Lebens und der Wissenschaft gegenüber nur ein auswendig gelerntes und vielleicht nie in seinen Tiefen richtig bedachtes Katechismusprüchlein hat. Er ist einseitig, jeder Entwicklung unfähig, sogar die ewigen Wahrheiten, die ihm so fest im Gedächtnis sitzen, können ihm, weil er sie nicht richtig versteht und vielseitig betrachtet, durch ihn vielen anderen zum Unheil werden. Stumpf sinnig wird er auch durch das politische und soziale Leben gehen, eine Wahlmaschine, ein Unorganisierter oder doch nur Beitragszahler, ein mechanischer Arbeiter in der Werkstatt, ein engherziger, verständnisloser Vater seiner Familie.

Das entgegengesetzte Warnungsbeispiel ist der überlesene Alleswisseur und Allesbesprecher. Aus Zehnjährigkeitsklein hat er seine Kenntnisse zusammengetragen, durch irgend einen unglücklichen Zufall fiel ihm vielleicht auch mal ein modernes Werk der Philosophie oder der Naturkunde, vielleicht auch ein schlüpfriger Roman in die Hände und seine tägliche Geistesnahrung sind Zeitungen und wieder Zeitungen, gewürzt mit gelegentlichen Flugblättern usw. Dieser Arbeiter ist überall dabei, Agitator einer Partei, Vorkämpfer einer Gewerkschaft, Mitglied zahlloser Naturheilvereine, Diskutierklubs und wer weiß was sonst noch. Als Politiker ist er unendlich radikal, als Gewerkschaftler unglaublich struppellos und oberflächlich, in der Kleinarbeit unbrauchbar, aber stets auf oder gegen Wunsch der anderen zum Redenhalten bereit. In der Werkstatt ist er meist

gerstret, Reden haltend oder heimlich lesend, brüht er sich nach Möglichkeit von der verachteten Handarbeit; in der Familie will er himmelstürmische Prinzipien verwirklichen, ohne die Geduld zur Langsamkeit. Erziehung der Seinigen zu haben, oder er recht sich mit dem Groll des Mißverstandenen in eine Ecke und sieht verächtlich auf seine nächste Umgebung herab. Was Jahrelang die Wissenschaft beschäftigt hat und vielleicht auf dieser Erde nie gelöst werden wird, beurteilt er unfehlbar und mit wenigen schwingvollen Sätzen, mit einem unaussprechlichen Lächeln hört er die vorsichtigen, objektiven Ausführungen von Männern der Wissenschaft und der Praxis an, um nachher alles anders und besser zu wissen und berkehrt oder doch mindestens furchtbar oberflächlich zu machen.

Was ist aber nun die richtige Mitte zwischen diesen zwei Extremen? Nun: nicht stumpfsinnig, sondern lebendig, nicht denkfaul, sondern nachdenklich soll der Arbeiter sein. Aber er soll wissen, daß Lernen etwas wesentlich anderes ist als Unterhaltungskostüme genießen, daß es sich nicht darum handelt, sich einige dekorative Redensarten und Wissensbrocken anzueignen, sondern in eine Sache — was immer sie sein möge — wirklich denkend einzudringen. Lernen heißt nicht gedankenloses Anjammeln von gedächtnismäßigem Wissen. Lernen heißt vielmehr, mit dem verstehenden, verarbeiten, den, aufnehmenden und kritischen Geiste erfassen; so erfassen, daß dem Lernenden die Zusammenhänge klar, Parallelererscheinungen verständlich, Anwendungen einleuchtend erscheinen. Lernen heißt allerdings gewisse Grundlagen des Wissensinhaltes zu erwerben, aber so, daß man aus ihrem Besitz die Fähigkeit ableitet, richtige und falsche Schlussfolgerungen zu unterscheiden. Lernen heißt wohl den Geist bereichern, aber so, daß man sowohl den Wert des erworbenen als auch die Fülle des noch zu erwerbenden Wissens und auch die Grenzen dessen erkennt, was man erlernen kann und soll.

Nie möge der Arbeiter in seinem Geißhunger nach positivem Wissen vergessen, daß wichtiger als der Inhalt des Wissens stets die Fähigkeit, selbst zu zu denken sein wird. Der alte weise Sokrates, welcher die Menschen nicht zur Vielwisserei, aber zum bewußten, logischen Denken erzog, wird in dieser Hinsicht immer recht behalten. Das Göttliche an unserer Geistesaktivität ist sicher nicht in erster Linie der Schatz an irdischem Wissen und Erfahrungen über vergängliche Dinge, sondern das freie, logische, geistige Verarbeiten nach ewigen Denngesetzen.

Recht schwer ist es, im allgemeinen anzugeben, was ein Arbeiter aus der Vielheit des Wissenswerten, Interessanten und Möglichen herausgreifen soll. Selbst derjenige muß sich heutzutage spezialisieren, dessen ganzes Leben der Geistesarbeit gewidmet sein darf; wie viel mehr ist dies für den Arbeiter notwendig, dem sie immerhin nur Nebenbeschäftigung sein kann.

Daran möchten wir festhalten, daß die Grundlage jeder Bildung die möglichst vollkommene Kenntnis des eigenen Berufsgebietes sein muß. Ein bildungshungriger Arbeiter ohne fachliche Interessen ist kaum denkbar. Jede menschliche Verrichtung ist forschenden Nachdenkens wert und je desto tiefer sie getan wird, desto besser wird sie gelingen, desto höher wird sie aber auch im Laufe der Zeit geachtet werden. Ebenso klar ist es wohl, daß dem Arbeiter wie jedem Bürger die klare Erkenntnis des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens sehr am Herzen liegen wird. Kultur, Sitten, Weltgeschichte, Staatslehre, Staatsrecht, Nationalökonomie, all diese Wissenschaften, deren jede eine für einen Gelehrten genug Lebensarbeit liefert, stehen in engstem Zusammenhang mit den aktuellen Lebensfragen des Arbeiters. Aber ist er nicht auch ein Mensch mit ganz allgemeinen Interessen, kann er gleichgiltig an der Natur mit ihren hochinteressanten Erscheinungen, ihren Wundern und Rätseln vorübergehen? Wird ihm sein eigener Organismus nicht des Kennens wert erscheinen? Und

Ist der Arbeiter nicht ein ganz nüchternen Mensch, so wird ihn auch die Kunst fesseln, und er wird über ihr Werden und Wesen mehr hören wollen.

Was aus dieser angebeuteten Ueberfülle des Lernenswerten den einzelnen am meisten ergreift, läßt sich nicht allgemein bestimmen. Nur müssen wir den Arbeitern die Illusion nehmen, daß sie auch bei der peinlichsten Spezialisierung eines der angeführten Gebiete wirklich vollständig wissenschaftlich beherrschen können. Tröstlich möge hier dem einzelnen sein, daß in dieser Richtung zwischen dem Hochgelehrten und ihm nur ein Unterschied des Grades ist; denn auch der gelehrte Spezialist weiß, daß er nur Bruchstücke in der kurzen Spanne eines Menschenlebens sammeln und verarbeiten kann, daß er aber mit jedem denkenden Menschen mitarbeitet an dem großen Sammelwerk des geistigen Erbes.

Wenn man zum Schluß noch nach dem Wie des Lernens der Arbeiter fragte, so möchten wir mit einem Hinweis auf die altbewährten Unterrichtskurse antworten. Sobald ein Kursus keine Schnellleiche und Rednerfabrik ist, sondern eine zum Lernen anregende Gesellschaft, wird er sicher seinen Zweck erfüllen. Auch im Kursus kommt es nicht so sehr auf die Fülle des behandelten Stoffes, als vielmehr darauf an, daß die Schüler daran gewöhnt werden, wissenschaftlichen Fragen näher zu treten und zum Lesen und Lernen angeleitet worden sind. Anstatt die Köpfe voll zu stopfen, wird ein guter Kursusleiter seine Hörer zum Mitdenken zu erziehen suchen; ein Denker wird ihm mehr sein als 100 Vielwörter. Er wird auch bestrebt sein müssen, nicht philosophische Grübler heranzubilden. Mit gesundem Hunger mögen sich die Schüler auf das Material werfen, das uns die Wirklichkeit bietet, aber sie mögen es konsumieren, und sich dadurch geistige Kräfte anzueignen. Wo eifrige Lektüre das heimische Wirken des Unterrichtskurses ergänzt, da kann erhofft werden, daß bei menschlichen Kräften und unter den gegebenen Umständen schöne Erfolge zu erzielen sind.

Wirtschaftliche Umfragen.

Die stille Hochsommerzeit liegt hinter uns. Die Gewalthaber der Industrie und des Handels sind in ihre Büros zurückgekehrt und greifen von jetzt an wieder mit größerer Macht in den Gang der wirtschaftlichen Dinge ein. Wirkliche Sommerruhe haben sie in diesem Jahre der Sorgen und Mühen nicht gehabt, aber sie haben sich doch zum weitaus größten Teil den Geschäften fern gehalten. Jetzt wird das wieder anders werden, und damit ist die Sicherheit gegeben, daß die niederdrückende Unsicherheit, die heute über dem wirtschaftlichen Leben liegt, bald ein Ende finden und der Klarheit nach der einen oder anderen Seite weichen wird.

Wahrscheinlich, ja sicher ist es, daß die Börse auch ihr letztes Restchen von Ansehen eingebüßt hat. Sie schwankte in diesem Jahre noch mehr als das Barometer, und das hat in diesem Jahre auf dem Gebiete des Schwankens doch bisher Unerreichtes geleistet. Gerade jetzt, wo die Herren an der Börse wieder einigermaßen vollzählig aus den Bädern zurückgekehrt sind, machen sie wieder die bewegendsten Geschichten. In den letzten Tagen vor dem ersten Oktober gab es eine Hoffnungslosigkeit, an der Börse, die wirklich unerklärlich gewesen wäre, wenn man nicht das Bedürfnis der Herren

Börseaner hätte in Rechnung stellen können, hin und wieder etwas anzuzetteln. Begründet ist diese Hoffnungslosigkeit natürlich in keiner Weise, wie das nachher dargelegt werden soll. Die Börse greift wieder krampfhaft nach jedem Strohalm; mit allen Mitteln werden die Kurse hin und hergeworfen, um das private Kapital, mit dem die Börse doch arbeitet, wieder zu größerer Unternehmungslust anzureizen. Gegen Ende August konnte sogar eine ganz widersinnige Meldung die Herren, deren angebliche „Sachkenntnis“ das „Barometer des wirtschaftlichen Lebens“ in Gestalt der Börse darstellen soll, in die ärgste Konfusion versetzen. Einer, der das Gras wachsen hört, auch wenn keines da ist, hatte einem Berliner Blatte den Blödsinn aufgebunden, der „Walzwerksverband“ wolle für Produkte Preisermäßigungen eintreten lassen, um den „reinen Walzwerken“ die Existenz zu erleichtern. Wo dieser sagenhafte „Walzwerksverband“ existieren soll, schrieb der Mann leider nicht dabei, und der Walzdrahtverband hat kein Rohmaterial für die „reinen Walzwerke“ abzugeben. Die Börse aber, an der in der Hochsommerzeit die Kleinen und Kleinsten Komischen der großen Bankhäuser als Spekulanten das wirtschaftliche Leben beeinflussen, alle natürlich in der Absicht, nach dem Beispiele ihrer Herren Chefs möglichst viel von dem Rahm des Ertrages der Arbeit des Arbeiters für sich zu ergattern, kalkuliert gleich mit der Möglichkeit geringeren Verdienstes für die weiterverarbeitende Industrie!

Das ist nur ein Beispiel, deren es zahllose gibt. So wie die Dinge liegen, ist nicht daran zu zweifeln, daß die Börse in ihrer heutigen Form eine direkte Schädigung der Industrie mit sich bringt. Gewiß beschafft sie der Industrie Geld, indem sie die Aktien u. d. W. im Publikum unterbringt. Das aber könnte eine große Industriebranche gerade so gut, vielleicht noch besser, denn die maßlose Spekulation der Börse mit den Industriepapieren hat doch nur den „Erfolg“, daß vorsichtige Sparrer und Leute, die nicht viel zu verlieren haben, ihr Geld aus der Industrie fernhalten, zum Schaden natürlich der Industrie, der dadurch der Zinsfuß des Bankkredits in die Höhe getrieben wird.

Von der Börse kann man also heute nichts über die Konjunktur erfahren. Sie treibt ganz nach Laune die Kurse in die Höhe oder läßt sie herabgehen. Mit der Presse steht es nicht viel besser. Wir sind im Zeitalter der „sachmännlichen Mitarbeiter“ angelangt. Jedes Blatt leistet sich heute eine ganze Reihe „sachmännlicher Mitarbeiter“. Welcher Art diese vielfach sind, zeigte neulich eine Entlarvung eines Börsenblatt-Redakteurs in Essen, der als „sachmännlicher Mitarbeiter“ direkt unsinnige Stimmungsbilderungen an die Berliner und sonstige Presse vertrieb. Der Mann machte glauben, jede Gefahr einer Krise sei vorüber, irgendwelche Sorgen brauche man sich nicht mehr zu machen. Diesen Leuten und damit der „großen Presse“ zu glauben, heißt sich direkt der Forderung auszuliefern. Ähnlich steht es auch mit den wirklichen „sachmännlichen Mitarbeitern“, die selbst in der Industrie stehen und meistens an ihrer unbeholfenen „kaufmännischen“ Schreibweise erkennbar sind. Jeder, der in der Industrie steht, ist Interessent. Ihm drängen sich aus eigener Wahrnehmung Ansichten und Auffassungen auf, die er dann in die Welt setzt. Sein Interessententum beengt natürlich sein Urteil; verwendbar ist es daher nur, wenn zugleich mehrere solche Urteile von verschiedenen Seiten verglichen werden können.

Die einzige Stelle, die mir nicht einwandfrei Situationsnachweisungen liefern könnten, ist der Stahlwerksverband. Bei ihm laufen, wenigstens für die Produkte der Gruppe A (kurzweg: Produkte der ersten Verarbeitung) alle Bestellungen zusammen. Er kann die Nachfrage und den hinter ihr stehenden Bedarf stets auf genaueste kontrollieren, mit älteren Situationen vergleichen u. d. d. Trost dem stoßen seine regelmäßigen Kundgebungen in der letzten Zeit auf direkte Anweisungen. Im September mußte sich der Verband gegen diesen Angriff auf die Nichtigkeit seiner Kundgebungen wenden. Er tat das aber mit einer solchen Schärfe, daß man unheimlich herausfühlte, wie sehr ihm die Angriffe auf die Nerven geschlagen waren. Wenn das alles im vollen Umfange ohne jede Einschränkung richtig wäre, was der Stahlwerksverband in seinen Kundgebungen verbreitet, dann müßte alles zum Besten bestellt sein. Der Verband richtet andauernd über eine sehr starke Inanspruchnahme seiner Werke, über langfristige Lieferungsfristen, die er stellen muß und derlei mehr. Das damit gegebene Situationsbild ist richtig, und es ist auch nicht richtig; deshalb nicht richtig, weil wesentliche Momente darin fehlen. Es ist an dieser Stelle immer wieder betont worden, daß die Anfänge der Krise sich nicht bei der Rohstoffproduktion, die von den Berichten über die Produkte des Stahlwerksverbandes unfaßt wird, zeigen, sondern bei dem Absatz der fertigen Waren. Deren Schicksal ist in erster Linie zu beobachten.

Die Frage wie es mit dem Abgang der fertigen Produkte steht, die in den Bereich der Produkte Gruppe B des Stahlwerksverbandes fallen, ist heute nur auf Umwegen zu beantworten. Je mehr die großen Werke „gemischt“ worden sind, je mehr sie die Weiterverarbeitung in ihren Bereich gezogen und vielleicht auch noch den Handel durch eigene Verkaufsstellen ausgeschaltet haben, desto weniger zuverlässiges Material über den Absatz der Fertigprodukte gelangt in die Öffentlichkeit. Die einzig sicheren Urteile bieten die Mitteilungen über die Absatzverhältnisse der „reinen“ Werke in der weiterverarbeitenden Industrie. Diesen Werken aber geht es augenblicklich sehr schlecht. Einzelheiten können hier ausgelassen werden. Der Beschluß der rheinisch-westfälischen Feinblechwalzwerke, ihre Betriebe im Oktober acht Tage, später eventl. vollständig stillzulegen, kennzeichnet die Situation zur Genüge.

Die Produzenten von Rohmaterialien halten natürlich unerbittlich an ihrem Preise fest, solange es irgend geht. Sie schlagen damit ja auch zwei Fliegen auf einen Schlag. Die Machthaber sind ja meistens die großen gemischten Werke. Von diesen ist kaum zu erwarten, daß sie mit unergründlichen Edelmute dafür eintreten, daß sie den Konkurrenten ihrer weiterverarbeitenden Abteilungen, nämlich den „reinen“ Werken, billige Rohmaterialien-Preise zugestehen. Kommt es dazu, daß die weiterverarbeitenden Werke ihre Betriebe still legen, dann fällt ihnen, den großen gemischten Werken, der Absatz zu. So geraten seit Jahren die „reinen“ Werke immer wieder in die größte Notlage. Besonders groß aber war ihre Not stets dann, wenn eine Krise vor der Tür stand, wenn der Absatz nicht mehr unterzubringen war. Die böse Situation, in der sie stehen, beweist mehr als alles andere, daß es mit dem flotten Absatz zu Ende ist und daß die Hochkonjunktur vorüber ist. Im Auslande sind denn auch die Kohleisenpreise bereits erheblich unter die deutschen herabgegangen.

Kohle und Eisen

Ein Zwiegespräch.
Von J. Thunhanser.
(Schluß)

Es war ein Hochofen, der uns in sich eingeschlossen hatte. Hinter uns drein stürzten noch ungezählte Scharen meiner Mitbrüder und ihnen folgte eine ungeheure Menge unformiger, rissiger Gestalten, die man Koks nannte.

„Koks? Wer ist denn das? Ist das etwa auch einer meiner Verwandten?“ Das Kohlenfräulein konnte es, einer alten Gewohnheit des weiblichen Geschlechts folgend, nicht fertig bringen, den interessanten Erzähler nicht zu unterbrechen.

„Ihre Frage, Fräulein Steinkohle, kann ich, vielleicht zu Ihrer durchaus nicht angenehmen Ueberrassung bejahen. Der ungeschliffene hohlräumige Patron ist sogar Fleisch von Ihrem Fleisch. Auch er war einst nichts anderes als Sie selbst heute sind, schwarze, feste Kohle. Und so wie er, werden Sie gleichfalls mit Ihren Mitbrüdern vereint in eisernen Ketten eingeschlossen und einer glühenden, trockenen Hitze ausgeetzt werden. Nicht nur Ihre Gestalt, sondern auch das Wesen wird sich völlig verändern; ein Ihnen innewohnender, jetzt noch ungeschöpfter Lebensodem wird dabei Ihrem Körper entweichen, der als Leuchtgas die dunkle Nacht zum Tage machen und die von ihm belebte Hülle der Ballons hoch in die Lüfte heben wird. Von dem blassen schwarzen

Körper wird dann nur das rissige, grauförnige Gerippe zurückbleiben, das man den Koks nennt.“

„Guh! Mich schaudert, wenn ich daran denke. Aber erzählen Sie weiter.“

„Nun, Fräulein, trösten Sie sich nur, schöner werden Sie freilich nicht durch die Umwandlung, doch ist ihnen dabei von Ihrer riesigen Körperwärme, die schlummernd in ihnen ruht, nichts verloren gegangen. Diese gewaltige Kraft und die noch unbeschränkte Menge ihres Herzblutes, des Kohlenstoffs, sie beide sollen dazu beitragen, uns Eisen zu geben, die wir jetzt mit der umgewandelten Kohle in die Glut des Hochofens gelangen, zu läutern und schließlich zu einem kohlenstoffhaltigen, brauchbaren Eisen zu machen. Im weiten Laufe des riesigen Ofens, bei einer Temperatur von weit über 1000 Grad, durchläßt bis in das innerste Mark, umströmt vom reisenden Winde des bis auf's Höchste erhitzten Gichtgases, vollzog sich in die innige Verbindung des Kohlenstoffes mit dem schmelzenden Eisen. So also fand die Veredlung unserer beiden Körper zu einem neuen, besser gearteten Wesen statt. Von dem Zeitpunkte, wo ich als wogendes, wallendes, feurig, flüssiges Metall am Bodenfein des Hochofens anlangte, beginnt meine eigentliche Bedeutung. Wie ein glühender Feuerstrahl, leicht fließend und doch so flammend und wild, als könnte mich keines Menschen Hand mehr zähmen, so wog ich aus dem Stachel des Hochofens heraus und dennoch war ich gar bald in großen, festen Formen erstarrt.“

Hier unterbrach der Hammer seine Erzählung einen

Augenblick, während dessen die Kohle voll Erwartung ihn fragte: „Und hatten Sie dann schon ihre heutige Gestalt und den Wohlklang der Stimme?“

„O nein,“ fing er wieder weiter zu erzählen an, „als Kohleisen, wie ich den Ofen verlassen, war ich immer noch spröde und unbrauchbar. Ich hatte zu viel Kohlenstoff in mich aufgenommen und deshalb mußte ich in einem großen birnenförmigen Eisenbehälter, der Bessemerbirne, mich einer nochmaligen Wandlung unterziehen, bis die Menge dieses Kohlenstoffes etwa nur 1/2% betrug. Jetzt konnte ich im glühenden Zustande mit den anderen Brüdern zu einem festen Ganzen zusammenschmelzen werden; statt der Sprödigkeit besaß ich Elastizität, man konnte mich biegen und strecken und meine Stimme hatte ihren tönenden Klang. Ich war zum Stahl geworden. Nun hatte ich noch die zwangenden, drückenden Gänge des Walzwerks zu passieren, nachdem mich der riesige Bär des Dampfhammers in die Breite getrieben. Noch oft wurde ich geulkt, geschlagen, gebogen und geformt, bis ich meine heutige Gestalt als Hammer erhielt.“

Fräulein Kohle hatte eifrig zugehört, mußte aber doch wohl noch nicht ganz befriedigt sein, da sie an den Hammer eine Frage richtete, durch die er zum Weiterreden veranlaßt wurde: „Es war wohl nun ein recht bewegtes Leben, daß Sie von diesem Zeitpunkt an führten?“

Soll leuchtete es in dem rötlichen Antlitz des alten Häubchens, als er jetzt begann:

Ein Frost ist allerdings noch ernstzuwarten dabei. Der Geldmarkt hat sich etwas „erleichtert“, die Industrie braucht für den Bankkredit, den ja auch die größten Werke in Anspruch nehmen müssen, nicht mehr so hohe Wucherzinsen zu zahlen. Darauf gründet sich wohl auch der neueste „Aufschwung“ an der Börse. Man wird darauf aber nicht zu große Hoffnung bauen können. Hauptsache ist und bleibt doch die Nachfrage. Ist sie stark, so spielt ein etwas teurerer Zinsfuß keine allzu große Rolle.

Was im 3. Quartal an Berichten aus den einzelnen Werken vorliegt, ist nicht von großem Belang. Natürlich, erntet jetzt noch alles den Segen der Hochkonjunktur, die ja zweifellos im verflossenen Jahre überall herrschte. Fast durchweg konnte eine Steigerung der Dividende erzielt werden.

	1905/06	1906/07
Eschweiler Bergwerkverein	14 %	14 %
Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. L. Senter	2 "	3 "
Friedr. Thoree Akt.-Ges. in Werder		12 1/2 "
Berglicher Gruben- und Hüttenverein Hochdahl		6 "
Söbllinger Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei		10 "
Maschinenfabrik Kappel in Kappel-Chemnitz	16 "	24 "
Annener Gußstahlwerk		6 "
Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. in Friedland		4 1/2 "
Sartorius'sche Bergwerke und Chemische Fabriken	12 "	10 "
Wilhelmshütte Akt.-Ges. Culaue	4 1/2 "	6 "
Walzengießerei vorm. Kölich & Cie. Akt.-Ges. Siegen	8 "	10 "
Stahl- und Eisenwerk Tablhausen	0 "	4 "
Häpser Eisen- und Stahlwerk	10 "	12 "
Meggener Walzwerk		13 "

Mit der Frage der Arbeiterversicherung

bejahten sich kürzlich zwei wichtige Tagungen hervorragender Körperschaften. Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, der in Bremen tagte, und der Handwerks- und Gewerbe-Kammertag, der in Straßburg stattfand. In Bremen sprach Reichstagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan (Berlin) über die Mitwirkung der Krankenversicherung auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege. Referent forderte die gesetzliche Einführung der bisher nur statutarisch möglichen Leistungen und vor allem die Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sowie der Diensthoten in die Krankenversicherungspflicht. Die dreitägige Karenzzeit für den Anspruch auf Krankengeld sowie alle für die Doppelversicherten ungünstigen Bestimmungen müßten aus hygienischen Gründen abgeschafft werden; der Kranke brauche mehr als der Gesunde; das gesetzliche Krankengeld werde immer nur einen Teil des sonstigen Verdienstes ersetzen.

Um den Krankenkassen mehr Mittel zur Erfüllung ihrer hygienischen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, müsse die Vielgestaltigkeit des Krankenkassenwesens mit ihren hohen Verwaltungskosten verschwinden und an ihre Stelle die Zusammenlegung aller in einem Stadt- oder Landkreise vorhandenen Krankenkassen treten.

„Es war nicht nur ein mannigfaltiges, sondern auch sehr wichtiges und nütliches Dasein, das jetzt hinter mir liegt. In der sehnigen Kunst des Schmiedes erhielt ich Leben und Bewegung und durch seine Kraft, Gewandtheit und Geschicklichkeit schuf ich all' das, was dem modernen Menschen als ein Kulturbedürfnis unentbehrlich geworden ist. Ich wandelte das Eisen in so vielerlei Arten, daß es dem Menschen fast nicht mehr bemerkt wird, was er dem Eisen alles verdankt. Es begleitet ihn auf allen Wegen, das ganze Leben hindurch. Ich formte ihm das Messer und die Gabel, ich reichte es ihm in vielen anderen häuslichen Gebrauchsgegenständen. So mancher Schlag war nötig, um all die verschiedenen Handwerkszeuge herzustellen.

Nur unter meiner ausgiebigen Hilfe war es möglich, die gewaltigen Maschinen herzustellen, die es in ausgedehntem Maße erst ermöglichen, all' die kleinen Erzeugnisse der großen, weitverbreiteten Eisenindustrie zu erzeugen. Ohne die mächtige Gewalt des eisernen Hammers wären jene riesigen Säulen und Hallen, die lähn geschwungenen Brücken und Bogen, die rollenden Eisenbahnen und das eisende Stahlroß fast undenkbar.

Wehr und Waffen schuf ich ihm zur Verteidigung im Kriege und selbst wenn er im stillen Frieden all' das, was ich geschaffen, einmal niederschreiben wollte, dann brauchte er das von mir gehämmerte Messer zum Spitzen seines Stiftes, die Stahlfeder stelle ich ihm her und auch die Setz- und Druckmaschinen konnten ohne meine Mitwirkung nicht zu Stande.

Die in der letzten Zeit an vielen Orten entstandenen Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen seien aus hygienischen Gründen tief zu bedauern. Die Gesetzgebung müsse solche Vorkommnisse unmöglich machen. Das sei nur zu erreichen, durch eine gesetzliche Ordnung der kassenärztlichen Verhältnisse im Sinne der freien Arztwahl, durch gesetzliche Einführung von Tarifverträgen zwischen den kassenärztlichen Organisationen und den Krankenkassen. Die Unabhängigkeit der Kassenärzte von den Leistungen der großen industriellen Unternehmungen und der Kassenvorstände sei auch eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Bekämpfung der gewerblichen Krankheiten. Zum Schluß verlangte Redner eine Verbesserung der Krankheitsstatistik durch Einführung einer ärztlichen Meldekarte, auf der von dem Kassenarzte wöchentlich die Diagnose der von ihm behandelten Krankheiten, ihre Dauer und ihr Ausgang zu vermerken sei und die, um das ärztliche Berufsgeheimnis zu wahren, an das nächste statistische Bureau gesandt werden sollte.

In der Diskussion betonte Reg.-Rat Düttmann (Oldenburg), daß den Krankenkassen vor allem auch die Ausgabe zuzufallen, den Hunger der Bevölkerung nach hygienischer Belehrung zu befriedigen. Von anderer Seite, so von Sanitätsrat Dr. Sonnenfals (Leipzig) wurde bedauert, daß bei der Arbeiterbevölkerung nur zu oft von einem solchen „Hunger“ nichts zu spüren sei. Demgegenüber teilten Dr. Lemhoff (Berlin) und Dr. Filtz (Hamburg) mit, daß in Berlin und Hamburg die Veranstaltung hygienischer Vorträge bei der Arbeiterbevölkerung großen Anklang gefunden habe.

Dr. Delbrück (Bremen) sprach die Erwartung aus, daß bei der Reform der Krankenversicherung auch der Alkoholismus berücksichtigt werde. Durch rechtzeitige Behandlung des Alkoholismus, vor allem durch Unterbringung von Alkoholkranken in Trinker-Asylen, würden die Krankenkassen viel Segen stiften können. (Beifall.) Die reinen Organisationsfragen wurden von der Diskussion ausgeschlossen; doch wurden von mehreren Seiten heifällig Zweifel geäußert, ob mit einer Zusammenlegung der Krankenkassen in der Tat eine Verbilligung der Verwaltungskosten verbunden sein würde.

Die Forderungen Dr. Mugdans hinsichtlich der Forderungen der Krankenkassen, deren Einführung nicht in das Belieben jeder Kasse zu stellen, sondern sie gesetzlich festzulegen, dürften um so eher Aussicht auf Verwirklichung haben, je größer die Zahl der Kassen ist, die freiwillig, aus sich selbst heraus, von diesem Recht Gebrauch machen. Leider läßt man sich aber meist durch oft nichtige Gründe davon abhalten. Wo so vieles auf dem Spiel steht, sollte man allwärts mit größter Energie auf die Durchführung der gesetzlich erlaubten Höchstleistungen hinarbeiten und namentlich nicht wegen etwaiger Beitragserhöhung sich davon abhalten lassen. Die Arbeitervertreter in den Krankenkassen haben hier ein weites Feld der Betätigung. Der § 21 und teilweise auch § 26 des R.-V.-G. bietet ihnen hierzu genügend Handhabe.

Nahm so diese Tagung berufener Männer eine den Arbeitern gegenüber durchaus günstige Stellung ein, so läßt sich das von der anderen, dem Handwerks- und Gewerbe-Kammertag leider nicht sagen. Hier drehte sich der Streit hauptsächlich um die Zusammenlegung der drei Versicherungsgeetze. Die Handwerkskammer Augsburg legte eine Resolution vor, die sich gegen diese Zusammenlegung ausspricht, weil man die Vernichtung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften befürchtet, und sich

Die Zeiten, wo noch Holz und Stein und nach ihnen die Bronze die Welt regierten, sind vorbei und weit gewichtiger selbst als die Stämme meiner edlen Vorfahren, des Goldes und Silbers, tönt durch alle Welt der Klang des Eisens. Unser Geschlecht ist es, dem dort fern am Strand der Seine ein Denkmal errichtet wurde, der eiserne Eiselturm, der hoch über alles, was Menschenhand geschaffen, emporragt, — als Wahrzeichen der Kultur des Eisens! —

Erkämpft hatte der alte Hammer seine lange Erzählung beendet. Leuchtendes Aldes war ihm die Steinkohle in seinen Ausführungen gefolgt. Doch lag ihr noch eine Frage auf der Zunge: „Was wird nun, mein lieber Herr Hammer, nach dieser glänzenden Vergangenheit Ihnen für eine Zukunft winken?“

Das neugierige Fräulein erlaunte, als sie nur ein scharrendes Geräusch hörte, aber keine Antwort mehr erhielt. Wie sie sich auch nach ihrem rostigen Erzähler umschaute, sie bemerkte zu ihrer großen Ueberraschung, daß der alte Hammer verschwunden war.

Ein Arbeiter hatte das rostige Stück Eisen fortgeschoben und zu vielen anderen auf einen Haufen geworfen.

Ob der Arbeiter wohl in jenem Augenblick daran dachte, daß man ihn ebenso in vielleicht nicht all' zu fernem Zeit, wenn er, wie es ja in der Eisenindustrie so oft wie nirgend sonst vorkommt, durch einen Betriebsunfall einen Teil seiner Arbeitskraft einbüßt, auch als altes Eisen zum Fabrikhof hinauswerfen wird?

eventuals zur einer Veränderung des § 34 der R.-V.-G. der die Ansammlung eines Reservefonds vorzieht) auspricht. Geradezu ungeheuerlich klingt die Begründung, die der Syndikus der Augsburger Handwerkskammer, Dr. Purpus, zu dieser Resolution gab:

„Die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Berufsgenossenschaften empfehle ich schon aus sozialpolitischen Rücksichten. Die Berufsgenossenschaften hätten im allgemeinen das erfüllt, was man von ihnen jederzeit erhofft habe. Die grundsätzliche Ablehnung einer Verschmelzung mit der Invalidenversicherung hindere aber nicht, zu erklären, daß manche Bestimmungen reformbedürftig seien. Dazu gehöre in erster Linie § 34. Es ist sozialpolitisch nicht klug, so viele Kapitalien aus unserem Wirtschaftsleben herauszuziehen, und anzufammeln. Diese Kapitalansammlung sei auch nicht ohne Einfluß auf den gegenwärtigen hohen Zinsfuß und die Geldknappheit. Bis zu 50 Prozent sollten Renten nicht mehr gewährt werden; denn die sogenannten Schnaps- und Bierrenten belasten die Genossenschaften und seien sozial ungerechtfertigt. Bei der Krankenversicherung bestehe ein Mißverhältnis in der Vorstandsbesetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ob eine Besserung dadurch herbeigeführt würde, wenn die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge übernahmen und so die gleiche Zahl Vertreter im Vorstande erhielten, sei zu bezweifeln. Denn die Zahl der Junungskrankenkassen, die von diesem Rechte der gleichmäßigen Beitragsleistung der Arbeitgeber Gebrauch gemacht haben, sei nur sehr gering. Dagegen müsse man sich gegen die Zentralisierung der Kassen wenden, die eine Verteuerung herbeiführen würde. Bei der Invalidenversicherung sei zu wünschen, daß die Rückzahlung der Beiträge an weibliche Personen im Falle der Verheiratung wegfalle.“

Hat bisher schon das Vorgehen anderer, namentlich landwirtschaftlicher Kreise, die die Unfallrenten bis zu 25 Prozent abgeklärt wissen wollen, den schärfsten Widerspruch in der Arbeiterschaft gefunden, so muß das Vorgehen der Handwerkskreise, die sogar die Renten bis zu 50 Prozent beseitigen wollen, geradezu Erbitterung erwecken. Die Arbeiter werden sich eine solche Verhöhnung nicht ruhig gefallen lassen, wie sie in dieser Forderung und in der Bezeichnung mit Schnaps- und Bierrenten liegt. Zwar hat die Resolution eine Einschränkung erfahren, aber diese beschimpfenden und alles Maß überschreitenden Ausführungen des Augsburger sind von der Versammlung ruhig hingenommen, was darauf schließen läßt, daß man damit einverstanden war. Das sind dieselben Leute, die fortwährend ohne Unterlaß in Stein und Bein erweichen der Weise um staatliche Hilfe flehen. Die Arbeiterschaft hat diesen Vorgängen ein wachsameres Auge zuzuwenden.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Der Niedergang.

Den Beschluß der rheinisch-westfälischen Blechwalzwerke, ihre Betriebe im Oktober eine Woche und gegebenenfalls später vollständig niederzulegen, haben wir schon in unserer vorigen Nummer erwähnt. Jetzt liegen weitere untrügliche Anzeichen dafür vor, daß der Höhepunkt in der Hochkonjunktur überschritten ist und das Wirtschaftsleben sich in absteigender Linie bewegt.

Ein Duisburger Betrieb, das Hochfelder Walzwerk, hat in der vergangenen Woche einem Teil der Arbeiter — wie verläuft 58 Mann — gekündigt.

Größere Massenkündigungen werden nach Mitteilungen der Tagespresse von der Firma Krupp in Essen vorgenommen. In der Abteilung für Kriegsbedarf sollen 3000 Metallarbeiter gekündigt werden. 800 seien in der vergangenen Woche schon gekündigt worden. In der Lage in Essen wird der Köln. Volksztg. Nr. 860 (5. Okt. 1907) geschrieben:

Wiemit die Angaben bezüglich der verabsichtigten Kündigung von 3000 Arbeitern den Tatsachen entsprechen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahr ist aber, daß heute schon gegenüber dem Vorjahre die Zahl der bei der Firma Krupp beschäftigten Arbeiter um drei- bis viertausend geringer ist. Zunächst hat man seitens der Firma direkte Entlassungen vermieden, weil man den Arbeitsmangel nicht zugeben wollte. Man versuchte, möglichst viel Arbeiter auf die Art und Weise los zu werden, daß man denselben die Ueberweisung nach solchen Werkstätten gab, die wegen ihrer Verhältnisse bei den Arbeitern unbeliebt sind. Die meisten zogen es dann vor, lieber die Entlassung zu nehmen. Lange konnte man aber mit diesem System nicht auskommen und so ist man denn seit mehreren Wochen dazu übergegangen, zunächst in den Laffettenbetrieben Kündigungen in größerem Maßstabe vorzunehmen, und man kann nicht sagen, daß dabei Härten vermieden worden sind. Während nämlich die Betriebe, in denen Feldgeschütze hergestellt werden, am stärksten von dem Arbeitsmangel betroffen sind, ist die Beschäftigung in den Betrieben, wo die großen Schiffsgehäuse hergestellt werden, noch reichlich und in den Betrieben, wo Friedensmaterial hergestellt wird, sogar durchweg noch gut. Nur ist die Beobachtung gemacht worden, daß diejenigen Arbeiter, die in anderen Betrieben gekündigt sind, in den gut beschäftigten Betrieben nicht eingestellt wurden, während in diesen Betrieben neue Leute angenommen wurden. Dabei befinden sich bei den Gekündigten Leute, die seit 8, 10, ja selbst seit 12 Jahren im Dienste der Firma gestanden haben, während dieser Zeit mehrere Hundert Mal in die Pensionskasse bezahlt haben und jetzt aller

Wegle verlustig gehen. Die unbefähigten Bürger wundern sich auch darüber, wenn sie von den Kündigungen hören, daß fast jeden Abend hunderte, ja tausende von Arbeitern erst abends 4, 10 oder sogar erst um 11 Uhr die Fabrik verlassen, also trotz der vielen Kündigungen noch überarbeitet haben. Daß derartige Maßnahmen unter der Arbeiterchaft Erregungen hervorrufen, ist leicht erklärlich und liegt es zweifellos in der Hand der Verwaltung, bei einigermassen gutem Willen im Interesse aller, nicht zuletzt auch des Werks selber und vor allem auch der Stadt Essen, derartige Härten zu vermeiden, denn auch die Stadt wird bereits davon in Mitleidenhaft gezogen. Während besonders hervorgerufen durch die sprunghafte Entwicklung des Krupp'schen Werkes, in den letzten Jahren sozusagen eine Wohnungsnot eingetreten war, sind beim Oktober-Umzugs-Termin eine Reihe von Wohnungen leer geblieben. Auch auf den sonstigen Gebieten macht sich die Schlanke bei der Firma Krupp recht bemerkbar. Man sollte deshalb von der Werksverwaltung erwarten können, daß sie im Interesse der Allgemeinheit ihre unteren Organe anweist, daß bei der Ablegung von Arbeitern Härten vermieden werden.

Ob sich diese Erwartungen erfüllen, sieht natürlich auf einem anderen Blatt. Allzu große Hoffnungen wird man sich wohl nicht zu machen brauchen.

Eins steht jedoch fest, daß die Arbeiterschaft, und in erster Linie in der Metallindustrie, schweren Zeiten entgegengeht. Sie wird zunächst die Beche des wirtschaftlichen Niedergangs zu zahlen haben. Die rückwärtslose Preispolitik des Stahlwerksverbandes, die zur Betriebsbeschränkung der Blechwalzwerke geführt hat und auch noch sonstige bedenkliche Störungen des Wirtschaftslebens heraufbeschwört, droht, ist ein marianter Beweis für die Gefahren einer Monopolisierung der bedeutendsten Industriezweige in den Händen weniger Großkapitalisten. Die Allgemeinheit aber und vornehmlich die Arbeiter sind die Leidtragenden.

In der gegenwärtigen ernsten Situation liegt für die Arbeiter jedoch kein Grund zur Mutlosigkeit und Verzweiflung vor. Im Gegenteil, jetzt erst recht müssen die Metallarbeiter auf der ganzen Linie den kommenden wirtschaftlichen Stürmen entgegen zu arbeiten suchen.

Diejenigen Kollegen, die der Organisation schon angehören, haben einen Rückhalt für die schlimmsten Zeiten, sie können der Zukunft getroßt entgegensehen.

Alle noch unorganisierten Arbeiter aber müssen jetzt eigentlich von selbst zur Besinnung kommen und ihre Arbeiterpflicht durch Anschluß an die Berufsorganisation erfüllen, um für alle bevorstehenden Stürme gesichert zu sein. Darum hinein in die Organisation, ihr christlich gesinnten Kollegen der Metallindustrie, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Überzogene Sittenrichter.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie läßt in seiner vorletzten „Korrespondenz“ einen Artikel vom Stapel, der unter dem Titel: „Christliche Gewerkschaften im Mantel sozialdemokratischer Agitation“ in sittlicher Entrüstung macht. Ein Flugblatt hat es ihm angetan, daß anfangs September an die Arbeiterschaft von Wiesdorf bei Köln verteilt worden ist. Es war eine Abwehrschrift gegen die beabsichtigte Gründung eines „nationalen (gelben) Arbeitervereins“. Der Plan wurde bereitet, daher der Kerger des Reichsverbandes, dessen „Korrespondenz“ nachfolgenden Auszug aus dem Flugblatt bringt:

„Kollegen! Ihr wißt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Ende des vorigen Jahres waren schon weit über zwei Millionen deutsche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Ihre Zahl wächst noch beständig. So stellen die Gewerkschaften heute schon eine starke Macht dar, mit der die Arbeitgeber rechnen müssen. Sie sind dem einzelnen, schwachen Arbeiter ein starker Schutz, sie verhindern seine Ausbeutung durch den Unternehmer, sie beschaffen ihm höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, humane Behandlung, sie fordern Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter, sie vertreten die Rechte der Arbeiterschaft und kämpfen insbesondere für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes.

Große Erfolge haben die Arbeiterorganisationen auf diese Weise schon errungen. Die Besserstellung der Lebenslage der Arbeiter ist zum großen Teil ihr Werk. Es ist also eine wertvolle Sozialarbeit, die von den Gewerkschaften geleistet wird. Aber gerade deshalb werden sie auch von den sozialdemokratischen Arbeitgebern so sehr gehaßt, diesen sind nämlich die Gewerkschaften ein Dorn im Auge, da sie von einer Besserstellung, von einer Befreiung der Arbeiter aus ihrer gedrückten Lage nichts wissen wollen. Diese Sozialdemokraten wollen natürlich nichts wissen von einer Besserstellung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete. „Reiniger Rechte gehören in die Kammer der Herren“, so erklären sie. Sie, die Sozialdemokraten, die sich selbst in Kartellen, Syndikaten, Ringen usw. zusammenschließen, um so ihre wirtschaftlichen Interessen auf das schärfste zu vertreten, die sich gar in besonderen Arbeitgeber-Verbänden zusammenschließen, um so desto besser die Arbeiterschaft zu überzuhalten, verweigern den Arbeitern das Koalitionsrecht, das heißt das Recht, sich mit den Betriebskollegen zu vereinigen zu dem Zweck, sich gemeinsame Löhne und Arbeitsbedingungen zu beschaffen und zu erhalten.

Man will eben keine denkende Arbeiterschaft, die ihre Rechte fordert und vertritt, sondern eine willenlose, willfährige Masse, die auf jede selbständige Meinung verzichtet und sich willenlos in alles fügt, was ihr vom Unternehmertum aufgebürdet wird. Eine solche verfluchte Arbeiterschaft zu erhalten, laufen auch die Bestrebungen vieler Arbeitgeber hinaus, sogenannte Werks- oder „nationale Arbeitervereine“ zu gründen, die in der Arbeiterschaft unter dem Namen der selben Gewerkschaften bekannt sind usw. usw.“

Die Herren vom Reichsverband wollen ihren Augen nicht getraut haben, als sie das lasen. Und mit gut gespielter Entrüstung schreiben sie dann weiter:

„Das diese Gewerkschaften veröffentlichen, ist verheerender Klassenkampf, Verschimpfung der Arbeiter, ein Appell an die niedrigsten Instanzen der minderbegüterten Volksklassen. Wer im Arbeitgeber immer nur den Ausbeuter sieht, wer nicht einsehen will, daß nur im verständnisvollen Zusammenwirken zwischen Kapital und Arbeit die großen Kulturwerte geschaffen werden, wer meint, Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten unter allen Umständen Gegensätze sein, anstatt sich ergänzende, wirtschaftliche Faktoren, der läßt eine böse Saat des Mißtrauens in die Herzen der Arbeiterschaft, der dient den wahren Interessen der Arbeiter am allerwenigsten.“

Wir wollen hier zunächst feststellen, daß in dem fraglichen Flugblatt nur von den sozialdemokratischen Unternehmern die Rede ist, die ihre Arbeiter das Koalitionsrecht und damit die Gleichberechtigung vorenthalten, nicht aber von den Unternehmern jüdischen. Daß der Reichsverband diese Bente in seinen besonderen Schutz nimmt, wundert uns gar nicht, ist er doch selbst einer der eifrigsten Verfechter der „Gelben“, bei denen der Verzicht auf das Koalitionsrecht die Grundbedingung zum Beitritt ist. Gegenüber einer solchen Bente, um nicht zu sagen Mißhandlung der Arbeiterschaft aber ist es doch ein starkes Stück, sich darüber zu ereifern, wenn sich dieselbe dagegen zur Wehre setzt. Einem verständnisvollen Zusammenwirken von Kapital und Arbeit haben die christlichen Gewerkschaften nicht nur seit jeher das Wort geredet, sondern auch alles getan, um ein solches zu erzielen, und zu erhalten. Aber gerade durch die Zerplitterungsarbeit der „Gelben“ wird dieses Einvernehmen auf das empfindlichste gestört, wie durch dieselben ebenfalls der Sozialdemokratie nicht nur kein Abbruch getan, sondern ihr geradezu Vorschub geleistet wird.

Das wir auch in dem Flugblatt gesagt, aber darüber verliert der Reichsverband kein Wort, er gibt es also wohl selbst zu. Trotzdem versucht er zum Schluß noch die Führer der christlichen Gewerkschaften scharf zu machen gegen die Herausgeber des Flugblattes, wegen dieser „sozialdemokratischen“ Kampfweise. Damit wird er allerdings wenig Glück haben, wissen doch die Führer der christlichen Gewerkschaften nur zu gut, daß bei den Leuten vom Schlege des Reichsverbandes alles als sozialdemokratisch angesehen und verdächtigt wird, was gegen die Doktrin vom „Herrn im Hause“ verstößt; ebenso daß alle Belehrungen über den Unterschied zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung bei diesen Scharfmachern vergebliche Lebensmüh ist.

Sitz-Dunklerische Kampfweise.

Im „Regulator“ (Nr. 37) wurden ohne jeden ersichtlichen Grund drei der drei Gewerkschaftsführer in gehässig persönlicher Weise angezempelt. Aus Duisburg ließ sich das H.-D. Blatt von einem H. R. — J. Köppen heißt der Wiedermann — berichten, ein freigestellter Beamter des christlichen Metallarbeiterverbandes habe früher als Former Streikarbeit verrichtet, und ein christlicher Vertrauensmann könne es mit seiner christlichen Weltanschauung vereinbaren, andersdenkende Mitarbeiter zu denunzieren. Wir forderten den Regulator an, mit Namen und den näheren Umständen für seine niedrige Artempelung herauszurufen. Dieser Aufforderung ist das H.-D. Blatt in seiner Nr. 40 nur zu einem kleinen Teil nachgekommen, in der Hauptfrage knickt der Regulator, resp. wird von seinem Zuträger schmähslich im Stich gelassen.

Der Name des zuerst verhaftet angegriffenen Beamten wird genannt, es sei Schreiber dieses, Sozialbeamter Adam Kerger gemeint gewesen. Nähere Angaben und einen auch nur oberflächlichen Beweis für die im Regulator Nr. 37 erhobene Anschulldigung sucht man jedoch vergebens. Den Namen des christlichen Vertrauensmannes, der seine Mitarbeiter denunziert haben soll, wird von dem H.-D. Strickenten aber trotz unserer unabweisenden Aufforderung nicht genannt. Ob der ehrenwerte Köppen nun überhaupt seinen Namen weiß oder zu zeigen ist, seine in die Welt gesetzte Lüge jetzt auch öffentlich zu verantworten, mag der Regulator untersuchen, der sich durch Verbreitung dieser persönlichen gehässigen Verleumdungen zum Haupt-schuldigen gemacht hat.

Was der als ausgewachsener Herr und Feinbesitzer bekannte Gewerksmann des Regulator mit (Kollegen Kerger) auf der Straße vorgefesselt hat, spielt hier keine Rolle. Das ist nicht maßgebend und

mit lassen das unter keinen Umständen als dem geforderten Beweis gelten. Sonst könnten wir uns auf die Antwort Kergers beschränken, die er dem Herrn Köppen bei der fraglichen Gelegenheit gegeben hat, daß er (Kerger) ihn ja nicht ernst nehmen könne, sentimentalen Köppen doch als Idiot in ganz Hochfeld bekannt sei.

Nachdem der Regulator die Zuträger eines solchen Menschen — halb Idiot, halb Fanatiker, — öffentlich verbreitet hat, müssen wir auch vom Regulator die Beweise für diese Anschuldigungen verlangen. Mag sich der mutige Köppen mit dem Satz in Nr. 40 des Regulator: „Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt...“ aus der selbstgelegten Schlinge zu ziehen suchen, für uns ist die Angelegenheit nicht erledigt. Wir fordern nochmals den Regulator auf, die näheren Angaben und Beweise für die Behauptungen des Köppen zu erbringen, oder ehrlich zu erklären, daß er von einem konfusem Berichterstatter falsch berichtet worden ist.

Wir verlangen, ehe wir weiter auf die erhobenen Beschuldigungen eingehen, können, Antwort auf folgende Fragen:

1. In welchem Betrieb und in welchem Jahre hat Kerger Streikarbeit verrichtet und was für Arbeit ist das gewesen?
2. Welcher christliche Vertrauensmann hat seine — und welche — Mitarbeiter denunziert, und bei wem denunziert?

Wird der Regulator und sein famoser Korrespondent Köppen auf diese Fragen die Antwort schuldig bleiben, dann sind sie einander würdig, dann haben sie sich der öffentlichen Verleumdung schuldig gemacht. Also Farbe bekennen und nicht knicken, dann reden wir über die Angriffe weiter! Jetzt können wir nur wiederholen, daß es freche Lügen sind.

Die ganze insame und niedrige Kampfweise auf H.-D. Seite wird durch folgenden Schlußatz des Köppenschen Geschreibsels in Nr. 40 des Regulator so recht gekennzeichnet. Köppen schreibt da: „Wenn Herr K. aber glaubt, daß er mehr getan habe, als ich in 100 Jahren fertig bringen könnte, so kann dies nur auf die Konsumierung von Spirituosen zutreffen.“ Damit sucht der H.-D. Fanatiker den Eindruck zu erwecken, als ob Kollege Kerger ein Trunkenbold sei. — (Man ist das aber vollständig unweahr, Kollege Kerger ist als nüchterner Mann bekannt und könnte jedenfalls manchem H.-D. auf diesem Gebiet als Vorbild dienen. Red.) Die Bemerkung Köppens ist nur eine unglaublich niedrige, insame Verdächtigung, die nur dem fränkischen Daß eines zum Teil schon getrüben Gehirns entspringen kann. Daß der Regulator solche Giftbrühen ausquatscht, ist ein drastischer Beweis dafür, wie ernst es ihm mit seiner Versicherung in Nr. 39 gemeint war, wo er schrieb, er sei bemüht, die Kampfesformen zu mildern. Für die niedrige Kampfweise eines Köppen können anständige Menschen nur ein Psui Teufel haben.

Mit diesen an den Haaren herbeigezogenen Angriffen auf meine Person vergleiche man folgenden Vorgang: Im November vorigen Jahres fand im Lutherkreis in Hochfeld eine öffentliche Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Kerger wies in der Versammlung einen Angriff des H.-D. Agitators Gieseler zurück, den letzterer in einer Versammlung in Köln vom Januar gekommen hatte, und der ihm bald teuer zu stehen gekommen wäre. Nach der Versammlung erklärte Herr Köppen, der Vertrauensmann des Regulator, in Gegenwart von vielen Zeugen dem Angriff Gieseler gegenüber: „Das geht zu weit; hätten alle Arbeiter auf der Niederrheinischen Hütte so viel geleistet und so gehandelt, wie Kerger, dann würde es heute doch viel besser stehen.“ So derselbe Köppen, der heute sich nicht genug in Verdächtigungen und persönlichen Insulten ergötzen kann.

In dem Betrieb, wo Köppen arbeitet, (Niederrheinische Hütte) wird er übrigens von keinem Menschen ernst genommen. Nach der letzten Reichstagswahl hat er mit einem Fanatismus, der unwillkürlich an einen astartischen Dervisch erinnert, in konfessioneller Hese gemacht und dem christl. Metallarbeiterverband die evangelischen Mitglieder abwendig zu machen gesucht. Die Erfolglosigkeit seines Bemühens und Mitleid mit dem bedauernswerten Fanatiker haben uns abgehalten, dem Manne schon damals seinen verdienten Denkzettel zu geben. Nachdem der ehrenwerte Köppen jetzt aber versucht, die Ehre von christlichen Kollegen vor aller Welt in den Schmutz zu ziehen, und sein Verbandsorgan sich als Dreckschleuder benutzen läßt, können wir den traurigen Helden nicht länger schonen. Das sind wir unserer Sache und unsern angegriffenen Kollegen schuldig.

Die Schikarierung der gewerkschaftlichen Arbeit des besagten Köppen und seiner näheren Freunde auf der Niederrheinischen Hütte wollen wir uns noch vorbehalten, bis der Regulator die näheren Angaben und Beweise für die von Köppen erhobenen Anschuldigungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen wird. Also nochmals: Nicht knicken, sondern heraus mit Eurem Federwisch!

Duisburg. Adam Kerger.

Kartoffeln als Kampfmittel gegen den christlichen Metallarbeiterverband.

In der biblischen Geschichte ist zu lesen, daß Frau sein Erstgeburtrecht gegen ein Linsenmehl verkauft habe. Schon in unserer Jugend haben wir diese Unvorsichtigkeit als ein recht schlechtes Geschäft betrachtet und angenommen, daß in heutiger Zeit sich solche Vorgänge nicht wiederholen würden. Die Verwaltung des Eisenwerkes Krämer in St. Ingbert scheint aber anderer Ansicht zu sein, denn sie versucht das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen — billige Kartoffeln einzuhandeln!

Am Anschlagbrett gen. Firma prangte nämlich folgende Mitteilung an die Arbeiter:

„Gemeinsamer Kartoffelbezug. Wie im vorigen Jahre, beabsichtigt das Werk auch in diesem Jahre einen größeren Posten Kartoffeln einzukaufen. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis für die nicht der christlichen Gewerkschaft angehörenden Arbeiter. Bestimmungen werden bis zum 2. Oktober entgegengenommen.“

Wir trauten unseren Augen nicht, als wir den Abdruck vorstehenden Anschlagens in der „Westfälischen Zeitung“ fanden, doch wir mochten lesen, so oft wir wollten, es kam immer dasselbe heraus. Die Geschichte mit dem Linsenmehl hat sich also in unseren Tagen nicht nur wiederholt, sondern sie kehrt in verächtlicher Auflage wieder.

Die Verwaltung glaubt also, daß sie gegen billige Kartoffeln das heiligste Recht des Arbeiters, das Koalitionsrecht, einhandeln könne! Hieraus geht klar hervor, wie tief sie ihre Arbeiter einschätzt. Wir trauen den dortigen Arbeitern zu, daß sie den Zweck dieser und ähnlicher Wohlfahrtsmaßnahmen erkennen und daß sie die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen wissen werden.

Die Röchlingischen Eisenwerke in Wölklingen geben jedem Arbeiter 20 Mark jährlich, der dafür sein Koalitionsrecht preisgibt. Das ist doch wenigstens eine Belohnung in Baar, während die unorganisierten St. Ingberter auch noch Gefahr laufen, schlechte oder gar saule Kartoffeln für ihr Koalitionsrecht einzuhandeln.

Wer den Arbeiterstand heben will, kann dieses nicht dadurch, daß er die Kartoffeln um einige Prozent billiger liefert, sondern nur dadurch, daß ein gerechter Lohn gezahlt wird. Ein Arbeitgeber der dieses tut und den Arbeitern überhaupt gerecht wird, hat nicht nötig, mit billigen Kartoffeln das Wohlwollen der Arbeiter zu erringen.

Wenn die Firmeninhaber aber glauben, daß sie mit billigen Kartoffeln die christliche Organisation vernichten könnten, so täuschen sie sich auf dem Holzwege befinden. Durch diese Handlung der Firma müssen die Arbeiter einsehen, daß ihr wirkliches Wohl in den christlichen Gewerkschaften vertreten wird und darum muß die Antwort lauten:

Behaltet Ihr eure Kartoffeln,
und wir
behalten unser Koalitionsrecht!

Gegen die gelben Gewerkschaften

haben die katholischen Arbeitervereine mehrerer Diözesen in der letzten Zeit unzweideutig Stellung genommen: Der am 22. September in Neuß stattgefundene Delegiertentag der kath. Arbeitervereine der Erzdiözese Köln faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Der 13. Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln hält die Gründung von sogenannten „gelben“ Gewerkschaften („Vereine“, „arbeitswilliger“ oder „unorganisierten Arbeiter“ oder „vaterländischer Arbeitervereine“ mit gewerkschaftlichen Nebenweden) für durchaus verfehlt und weder im „nationalen“ noch im Arbeiterinteressen liegend. Diese „gelben“ Gewerkschaften wollen zwar eine Gegenwehr gegen antinationale Bestrebungen und den von der Sozialdemokratie geübten Terrorismus sein; aber sie entbehren völlig der einer solchen Zwecksetzung entsprechenden Grundlage in Programm und Organisation. In der Regel auf Anregung von Unternehmern gegründet und finanziell unterstützt, verkennen sie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in ihren, dem Geheiß des Vaterlandes und einem vernünftigen sozialen Fortschritt entgegenwirkenden Tendenzen nur erfolgreich bekämpft werden kann durch eine ebenso standesbewußte, wie christliche und nationale Arbeiterbewegung. Diese aber ist bereits geschaffen worden in unseren konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Eine erspriessliche Tätigkeit im Interesse der Fortführung unserer Sozialreform und der materiellen wie kulturellen Hebung der Arbeiterlage wird von diesen „gelben“ Gewerkschaften nicht erwartet werden können. Weit entfernt davon, die aussichtsreiche Bewegung der christlich-nationalen Arbeiterchaft zu stärken, stellen sie eine nach allen Seiten hin schädigende und gefährliche Zersplitterung dar, die geeignet ist, schwere Bruderkämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterchaft für die Folge herbeizuführen.“

Am 29. September nahmen die kathol. Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Münster zu derselben Frage einstimmig folgende Resolution an:

Der Verbandsdelegiertentag der kath. Arbeiter- und Knappenvereine der Diözese Münster verurteilt ganz entschieden die Gründung von sogenannten gelben Gewerkschaften; denn diese Organisationen werden dadurch, daß sie im Interesse des Unternehmertums grundsätzlich auf das Streikrecht verzichten, zu Verwärttern an den Menschenrechten der deutschen Arbeiterchaft, stellen sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufwärtsbestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft hindernd in den Weg und befördern schließlich nur die sozialdemokratische Bewegung.

Gleichwertig mit den gelben Gewerkschaften sind die „vaterländischen“ Arbeitervereine und müssen daher die kathol. Vereine rühmlich die Zumutung zurückweisen, mit ihnen, das Wort Vaterland mißbrauchenden Vereinen auch irgendwie gemeinsame Sache zu machen. Vielmehr werden nach wie vor unsere kath. Arbeiter- und Knappenvereine gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften

ihre ganze Kraft einsetzen zur Stärkung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Diese Stellungnahme ist bei den west- und süddeutschen kath. Arbeitervereinen eigentlich selbstverständlich, und wir geben die Beschlüsse auch nur wieder, weil außerhalb der christlichen Arbeiterbewegung Zweifel über das Verhältnis der kath. Arbeitervereine zu den gelben Streikbrechervereinigungen aufgetaucht waren.

Der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation

ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus einer auf Grund abgeschlossener Tarifverträge soeben vom Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter vorgenommenen Zusammenstellung für das erste Halbjahr 1907. Die Aufstellung erstreckt sich auf die Arbeitszeit und den Lohn. Nach einem detaillierten, für die Bezirke, in welche der Verband eingeteilt ist, berechneten Uebersicht ergibt sich folgende Gesamtübersicht. Für insgesamt 8728 Mitglieder wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, welche schwankte zwischen 1/4 und 1 1/2 Stunden pro Tag. Lohn-erhöhungen betrafen 13 629 Mitglieder und variierten zwischen 1 und 14 Pfg. Für diese 13 629 Mitglieder wurde insgesamt eine Erhöhung der gesamten Lohnsumme auf den Tag um rund 7216 M. und fürs Jahr um 1 731 924 Mark erzielt. Dazu kommen als weitere Vorteile noch die sogenannten „freiwilligen“ Verbesserungen, welche die Arbeitgeber als Folge von Lohnbewegungen öfters einzutreten zu lassen pflegen, sowie als indirekte Vorteile bessere Behandlung, bessere Beobachtung der Arbeiterschutzvorschriften u. Als bemerkenswert verdient noch hervorgehoben zu werden, daß in 210 Orten die abgeschlossenen Verträge, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zustande kamen und nur in 19 Orten zu Streiks bzw. Aussperrungen führten.

Ein Arbeiter-Badeort.

Aus England berichten die Tageszeitungen: Die Stadt Oldham in England hat letzte Woche einen recht eigentümlichen Anblick. Seine ganze Arbeiterbevölkerung von 50 000 Seelen ist bis auf einen kleinen Bruchteil ausgewandert. Allen Brauche gemäß, der in Lancashire und Yorkshire ziemlich allgemein ist, haben die Textilarbeiter und Arbeiterinnen alljährlich im August oder September für eine Woche oder 14 Tagen Ferien, und dazu wird in jeder Fabrik ein Ferienfonds gesammelt, zu dem jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wöchentlich einen Beitrag liefert und zu dem der Fabrikherr gleichfalls beisteuert. Kommen dann die Ferien, so wird das Geld verteilt. In Oldham gelangten nicht weniger als 300 000 Pfund zur Verteilung, die in Blackpool, dem Seebadeorte des Westens Englands, ausgegeben wurden. In Oldham fällt es in dieser Woche schwer, Brot, Fleisch und überhaupt etwas zu kaufen, was zum Lebensunterhalt gehört. Alle Läden sind geschlossen, und nur einige Bäcker backen zweimal in der Woche.

Die Fabrikschöte, die 51 Wochen nicht kalt werden, ruhen sich jetzt auch aus, ebenso die Maschinen und die Hunderttausende von Spindeln, die ein Jahr lang ununterbrochen in Tätigkeit waren. In der Stadt sind die Straßen wie ausgestorben, und auch die Polizei ist zum größten Teil für diese Woche beurlaubt. Wie in Oldham, so spielt sich das gleiche in anderen Städten der Spinnereibezirke ab, und Blackpool hat ebenfalls den Vorteil davon. Es ist der besuchteste Badeort im ganzen Königreich; die Zahl der Badegäste beträgt dort etwa fünf Millionen, und wenn sie auf vier Millionen sinkt, so klagen die Blackpools über ein schlechtes Jahr. Man berechnet, daß in Blackpool jährlich 15—20 Pfund ausgegeben werden, und dies zumeist von der Arbeiterbevölkerung und den Bergleuten.

Blackpool zählt aber dabei auch vornehme Besucher. Es ist nicht nur eine natürliche Lage, sondern auch der Unternehmungsgeist der Stadt, der ihm zu solcher Beliebtheit verholfen hat. Vor dreißig Jahren hatte es noch keine 8000 Einwohner, jetzt zählt es 60 000, und aus dem kleinen Marktstädtchen mit seinen Fischerhütten ist eine prachtvolle Stadt geworden. Die Spaziergänge Blackpools haben in ganz England nicht ihresgleichen. Blackpool hat drei ständige Orchester, und in seinen Konzertsälen werden die besten Künstler gehört. Paderewsky hat dort gespielt. Rubelit gleichfalls, und die besten Sänger und Sängerinnen, wie Clara Butt, Madame Laganne, Madame Mesba und andere werden dort gehört. Zurzeit der Hochsaison beherbergt Blackpool oft nicht weniger als 400 000 Badegäste, und erfordertenfalls kann es auch 500 000. Badegäste unterbringen. Es steht in dieser Beziehung im ganzen vereinigten Königreich und wohl über dasselbe hinaus, unerreicht da. Soweit die Zeitungsberichte.

In Deutschland sind wir davon noch sehr weit entfernt. Nicht allein Scharfmacher, sondern auch die Spießbürger rümpfen bei uns die Nase, wenn die Arbeiter einen kurzen jährlichen Urlaub verlangen, um ihren abgeraden Körper und Geist einmal arbeitslos ausruhen zu können.

Soziale Rechtsprechung.

Blüten des Affordsystems.

Eine beachtenswerte Verhandlung, die so recht die Mißstände des von sehr vielen Werken beliebten Affordsystems erkennen ließ, fand am 26. Sept. vor dem Gewerbegericht in Duisburg statt.

Zwölf Arbeiter des Duisburger Kupferwalzwerkes hatten die Firma auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 10 Prozent des letzten Monatslohnes verklagt. Die Kläger schildern den Abbruch eines Arbeitsvertrages mit der Firma wie folgt: Der Arbeiter wird gewöhnlich zunächst auf dem Platz beschäftigt und bekommt für seine Tätigkeit einen Stundenlohn von 33—37 Pfg. Ist in irgend einer Betriebswerkstätte eine Stelle frei, dann kommt der betreffende Meister zum Platzmeister und läßt sich von diesem einen Arbeiter überweisen. Für den Fall, daß der Meister bei guter Laune ist, beantwortet er die Frage des Arbeiters nach Lohn mit der Versicherung, er werde den oder den bestimmten Stundenlohn erhalten und monatlich einen Prozentsatz zum Lohn ausbezahlt bekommen. Hat der Meister schlechte Laune, dann wird auch die Frage nach dem Verdienst nicht selten mit einer groben Bemerkung erledigt. Die Kläger waren alle auf diese Weise vom Meister Fink zur Arbeit an der Blockwalze angenommen. Wie alle zwölf Arbeiter übereinstimmend bekunden, hatte Meister Fink bei Beginn des Arbeitsverhältnisses einen gewissen Stundenlohn und den monatlichen Zuschuß von 15 Prozent zum verdienten Lohn zugesichert. Der Stundenlohn in dem von Meister Fink geleiteten Betriebe (Blockwalze) schwankte bei den verschiedenen Arbeitern zwischen 40 und 50 Pfennig. Bei der Lohnung am 22. jeden Monats wurde immer der ersten Lohnung im Monat (am 7.) außer dem Stundenlohn der letzten vierzehn Tage einen 15prozentigen Zuschlag, gerechnet von dem Verdienst der letzten 4 Wochen geleistet wurden. Die Kläger, die wie schon erwähnt, an der Blockwalze beschäftigt waren, erhielten für den Monat Mai einen Zuschlag von 20 Prozent, für Juli 15 Prozent. Im August war besonders viel Arbeit vorhanden und hofften die Arbeiter einen guten Zuschuß herauszuschlagen. Aber — der Arbeiter denkt, und die Firma lenkt. Dann bei der Lohnung am 7. September bekamen die Arbeiter nur einen Zuschlag von 5 Prozent. Am Morgen des 9. September wurden die Arbeiter deswegen beim Meister vorstellig, der sie jedoch an den Direktor verwies. Dieser wies die Beschwerden der Arbeiter mit dem Bemerkten ab, die Firma garantiere keinen bestimmten Zuschuß, sondern gebe nur einen bestimmten Prozentsatz, der sich nach dem jeweiligen Verdienst der Firma richtet.

Die Arbeiter der Blockwalze stellten darauf die Tätigkeit bei der Firma ein und strengten gegen die Firma die einleitend erwähnte Klage an.

In der Verhandlung äußert sich der Vertreter der Firma wie folgt:

Seit Beginn des Jahres 1906 ist mit den Arbeitern der Blockwalze ein Afford abgeschlossen worden, der unverändert im Januar dieses Jahres erneuert wurde. In der ersten Zeit erreichten die Arbeiter noch nicht ihren Tagelohn, trotzdem wurde dieser von der Firma ausbezahlt und zudem noch ein Vorschuß von monatlich 10—15 Prozent gewährt. Dieser von der Firma geleistete Vorschuß erreichte die Summe von 2274,56 M. und wurde zu Lasten der Arbeiter verbucht. Später, besonders in diesem Jahre, hob sich der Geschäftsgang, die Arbeiter erzielten einen Affordüberschuss, von welchem die Schuldsumme abgetragen werden konnte, sodaß im August dieses Jahres der geleistete Vorschuß nur noch 1654,48 M. betrug. Die Firma hat nie einen bestimmten Zuschuß zum Lohn garantiert, sondern nur auf die festgesetzten Affordsätze Bezug genommen. Dessen ist es vorgekommen, daß die Arbeiter einen höheren Prozentsatz ausgezahlt erhielten, als sie nach dem vereinbarten Afford beanspruchen konnten. Selbstverständlich wurde der Vorschuß in guten Monaten abgezogen. Weil den Klägern ein bestimmter Zuschlag zum Lohn nicht garantiert sei, hält der Direktor die Klage für unbegründet und bittet um Abweisung derselben.

Der Kläger Schwoerer stellt demgegenüber fest, daß er vom Meister Fink mit der Versicherung angenommen worden sei, einen Stundenlohn von 40 Pfennig und einen Zuschlag von 15 Prozent zu erhalten. Kläger Neunzig bestätigt diese Angaben und alle anderen Kläger behaupten ebenfalls, ihnen sei bei Abbruch des Arbeitsvertrages 15 Prozent Zuschlag zugesichert worden. Der Besitzer H. Schmalenbach (Arbeitgeber) fragt, warum die Arbeiter sich denn nicht schon im Juni beschwert hätten, da sei ihnen doch auch nur 10 Prozent ausgezahlt worden. Die Kläger weisen darauf hin, daß sie im Mai 20 Prozent bekommen hätten, dadurch wäre der Abzug von Juni ausgeglichen. In weiteren Ausführungen beweisen die Kläger, daß die meisten Arbeiter an der Blockwalze erst in diesem Jahre dort angefangen haben, und es unanrecht erwidern, diesen Arbeitern

Wann liegt ein Vertriebsunfall außerhalb des Betriebes.

Häufig werden beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Berufungen anhängig gemacht, die von Versicherten aus Anlaß eines Unfalles erhoben werden, der ihnen auf dem Wege zur oder von der Arbeit zugestoßen ist. Das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt weisen solche Berufungen in den meisten Fällen als unbegründet zurück. Es seien daher kurz die Gründe wiedergegeben, welche die rechtsprechenden Instanzen der Unfallversicherung veranlassen, das Vorliegen eines Betriebsunfalles zu verneinen. Die unerläßliche Voraussetzung für die Annahme, daß ein Unfall sich „bei dem Betriebe“ ereignet habe, ist die, daß die Tätigkeit oder Verrichtung, gelegentlich deren Vornahme der Unfall die versicherte Person betroffen hat, auch ihrerseits in dem Betriebe erfolgt ist. Da nun der Begriff des „Betriebes“ im Sinne des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nicht nur diejenigen Tätigkeiten umfaßt, welche an der Betriebsstätte vorgenommen werden und unmittelbar dem Zwecke der Gewinnung oder Herstellung eines gewerblichen Erzeugnisses dienen, sondern sich als der Zubegriff aller Tätigkeiten und Verrichtungen darstellt, welche — ohne Rücksicht auf die Zeit und den Ort ihrer Vornahme — die Zwecke des Betriebes unmittelbar oder mittelbar zu fördern bestimmt sind, so muß für die Entscheidung der Frage, ob im Einzelfall ein Unfall sich „bei dem Betriebe“ ereignet hat, also mit diesem in ursächlichem Zusammenhange steht, meist die Zweckbestimmung auf den Betrieb gerichtet war, liegt in der Regel ein Unfall „bei dem Betriebe“ vor, nicht aber dann, wenn sie etwa auf die Eigenschaft des Versicherten, seiner Mitarbeiter oder auf die wirtschaftlichen Interessen anderer, betriebsfremder Personen oder diejenigen fremder Betriebe gerichtet war.

Bei den Wegen des Arbeiters von seiner Wohnung zur Betriebsstätte und von dieser zur Wohnung muß aber die eigentümliche Tätigkeit des Arbeiters im Gegensatz zur Betriebsstätte in den Vordergrund gestellt werden. Diese Wege sind nicht um deswillen Betriebsvorgänge, weil sie im weiteren Sinne die Arbeitsverrichtung ermöglichen. Sie sind vielmehr Handlungen, die nur zu dem Zweck erfolgen, um erst zu dem Betriebe zu gelangen und nach Beendigung desselben nach Hause zurückzukehren. Um dem Betriebe zugerechnet werden zu können, muß der Umstand hinzutreten, daß der Gang noch seiner zweifellosen und unmittelbaren Zweckbestimmung nach im Sinne des versicherungspflichtigen Betriebes erfolgt. Unfälle, welche einen Arbeiter auf jenen Wegen betreffen, werden auch nicht dadurch zu Betriebsunfällen, daß er durch seine Tätigkeit im Betriebe veranlaßt wird, den Weg in der Dunkelheit oder durch einsame und abgelegene Gegenden zurückzulegen, also unter Voraussetzungen, welche die Gefahr eines Unfalles erhöhen. Häufig wird seitens der Versicherten ein Entschädigungsanspruch gegen die Berufsgenossenschaft mit der besonderen Begründung herbeigeführt, daß der Arbeiter im Auftrage seines Arbeitgebers ein bestimmtes Stück Werkzeug von seiner Wohnung mitzubringen hatte. Das Reichs-Versicherungsamt hat auch in solchen Fällen das Vorliegen eines Betriebsunfalles verneint, wenn das Tragen des Werkzeuges ohne Einfluß auf den Unfall gewesen ist. Dagegen hat es z. B. einen Unfall auf dem Wege von der Arbeitsstätte zur Wohnung zwecks Verbeisichtigung eines Arbeitsgerätes als Unfall für ein unbrauchbar gewordenen als Betriebsunfall anerkannt. Die Mitführung eines Arbeitsgerätes erhöht also jedesmal eine genaue Prüfung des Falles.

Streiks und Lohnbewegungen.

In den Differenzen zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen i. Westf. und unserem Verband.

Vom Königl. Landgericht Duisburg ging uns auf Antrag vorstehend genannter Firma folgende vorläufige Entscheidung zu:

An den verantwortlichen Redakteur der Arbeiterzeitung — der deutsche Metallarbeiter — Herr Gewerkschaftsführer

Johann Bergmann in Duisburg

Beschluß

in Sachen Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Aktiengesellschaft, vormals J. und H. Kerkmann zu Ahlen, vertreten durch ihren Vorstand, Antragstellerin, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Justizrat Dr. Steing, Dr. Subowitz, und Constantin zu Duisburg,

gegen den verantwortlichen Redakteur der in Duisburg erscheinenden Arbeiterzeitung — Der Deutsche Metallarbeiter —, Gewerkschaftsführer Johann Bergmann zu Duisburg, Straßelottentstraße 7, Antragbezw.

Im Wege der einseitigen Verfügung wird hierdurch auf Grund der §§ 935 ff. B. P. O. 824 B. G. B. und 11 des Reichspressgesetzes folgendes angeordnet:

1) Dem Antragsgegner wird bei Meinung einer fiskalischen Strafe von 50 Mark für jeden Zuwiderhandlungsfall untersagt, in der in Duisburg erscheinenden Zeitung — Der Deutsche Metallarbeiter — weiterhin unter der Rubrik — Streiks und Lohnbewegungen — folgende Notiz zu veröffentlichen:

„In den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken Differenzen wegen Maßregelungen.“

2) Dem Antragsgegner wird bei Meinung einer fiskalischen Strafe von 50 Mark für den Weigerungsfall aufgegeben, in der nächsten, nach Zustellung dieser einseitigen Verfügung zur Veröffentlichung gelangenden Nummer der Zeitung — Der Deutsche Metallarbeiter — unter der Rubrik — Streiks und Lohnbewegungen — folgende Notiz zu veröffentlichen:

„In den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken, Aktiengesellschaft zu Ahlen, sind weder Maßregelungen erfolgt, noch bestehen Differenzen mit der Arbeiterschaft.“

Duisburg den 25. September 1907,
Königliches Landgericht, Zivilkammer 2.
gez. Frhr. von Harff, Remy, Dr. Selermann.

Ausgefertigt:

Duisburg, den 27. September 1907.
gez. Bremer

Gerichtsschreiber des Königlichen Landgerichts.

Gegen diese einseitige Verfügung des Königl. Landgerichts Duisburg ist durch unsern Rechtsanwält natürlich sofort Widerspruch erhoben worden. Die Gerichtsverhandlung wird dann Klarheit darüber bringen, ob Differenzen vorliegen und ob solche durch Gesetzesparagrafen hinweggeräumt werden können. Wo sonst im gewöhnlichen Leben Differenzen bestehen, muß es zwei Parteien geben und zur Beilegung der Streitpunkte kann, solange beide Parteien noch da sind, nicht der Nachspruch oder die Versicherung einer Partei genügen.

In der Sache selbst verweisen wir auf die Schilderung der Vorkommnisse und des Werdeganges der Differenzen bei den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen in Nr. 38 unseres Organs, worin nachgewiesen wird, daß mehrere unserer Kollegen gemahngelt sind, was selbst von einem Betriebsbeamten in einem unbedachten Moment zugegeben wurde. Darüber wird an Gerichtsstelle Klarheit geschafft werden.

Nach alledem steht es fest, daß das friedliche Verhältnis zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und unserm christl. Metallarbeiterverband gestört ist. Wenn wir nun in unserm Verbandsorgan diese Tatsache nicht in der bisherigen Form zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen könnten, so wäre das eben ein weiterer Beweis für den schon allbekannten und beklagenswerten Zustand, daß den deutschen Arbeitern bei der praktischen Ausübung des Koalitionsrechts noch alle möglichen Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg gelegt werden können. Die wirkliche Koalitionsfreiheit ist leider für die deutsche Arbeiterschaft bis heute nur eine schöne Hoffnung, welche noch nicht verwirklicht ist.

Offenlich wird allen Hindernissen zum Trotz die deutsche Arbeiterschaft die noch entgegenstehenden Schwierigkeiten überwinden und mit ihren Bestrebungen zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes siegreich vorwärts schreiten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Bei der Firma Wölfe & Comp. (Flutgewerk) stehen die Schmiebe und Zuschläger im Ausstand.

Ahlen. Bei der Firma Gebr. Selter (Stanz- u. Emailierwerke) stehen die Stanzer und Schlosser in einer Lohnbewegung.

Hamburg. Die Arbeiter der elektrischen Industrie stehen im Streik.

Lampertheim. Die Arbeiter der Süddeutschen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

Nuppichterath (Bröhlthal). Bei der Firma Gebr. Willach, Möbelschloß- und -beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Siegfried). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

München. Sämtliche organisierte Gärtler, Metallbrüder und Schleifer sind ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Gabelmetallarbeiter ausgesperrt.

Schw.-Gmünd. Die Firma Joh. Herzer ist bis auf weiteres für Angestellte und verwandte Berufe gesperrt.

Lünen. Bei der Firma Gottfr. Quittmann stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

zumuteten, sie sollten die „Schulden“ (r) abarbeiten, die frühere Arbeiter bei der Firma hinterlassen hätten. Der Vertreter der Firma erwidert, daß zuerst die Arbeiter an der Blockwalze eingearbeitet sein müßten, um einen Ueberschuß zu verdienen. Trotzdem gebe die Firma vom ersten Tage an auch diesen Arbeitern den Zuschuß. Deshalb sei es selbstverständlich, daß andere Arbeiter für diese mitarbeiten müßten. Kläger Neunzig bestreitet die Behauptung, daß die Arbeiter an der Blockwalze einer längeren Vorbildung bedürften. Zudem würden etwaige geringere Leistungen der neu eingestellten Arbeiter durch einen geringeren Stundenlohn ausgeglichen.

Zeuge Meister Fink will den Arbeitern keinen bestimmten Prozentsatz versprochen haben. Auch will er den von der Firma ausgestellten Affordzettel den Arbeitern zur Kenntnisnahme vorgezeigt haben. Im Januar d. J. sei derselbe ausgegeben und seit dieser Zeit hätte er beim Vorarbeiter im Schrant gelegen. Sämtliche Kläger bestreiten, je etwas von einem Affordzettel gewußt, geschweige gesehen zu haben. Ihnen sei vielmehr nichts von Affordarbeit bekannt gewesen, sie hätten lediglich von dem 15prozentigen Zuschlag Kenntnis gehabt. Der vorgelegte Affordzettel ruft bei den Klägern Erstaunen hervor, weil es das erste Mal ist, daß sie diesen zu Gesicht bekommen. Zeuge Vermaßen, der vor zwei Jahren bei der Firma beschäftigt war, hat auch keinen Affordzettel gekannt. Vermaßen bekundet ferner, ihm sei von dem Direktor ein Zuschlag von 10—15 Prozent (am 22. d. J. 10 Prozent, am 17. d. J. 15 Proz., also durchschnittlich 12½ Proz.) versprochen worden. Kläger Scharer sagt aus, er sei vom Meister Fink, als er nach der Affordberechnung sich erkundigte, mit den Worten zurückgewiesen worden: „Machen Sie daß Sie fortkommen!“ Meister Fink gibt die Möglichkeit zu, doch will er sich in dem Augenblick in Erregung befunden haben. Vom Vorsteher des Lohnbureaus wird bekundet, daß der monatliche Zuschuß zum Lohn nach der Produktion berechnet würde. Der Vorsteher Herr Keyer findet mit Recht das Affordsystem für unklar und kritisiert, daß die Kläger die Schulden bezahlen sollten, die frühere Arbeiter gemacht hätten.

Beiziger Herr Schmalenbach behauptet, die Schuld sei auf Seiten der Arbeiter und die Kläger täten gut, ihre Klagen zurückzuziehen. Der gleiche Voranschlag des Vorstehenden Herrn Beigeordneten Heinrich wurde von den Klägern nicht angenommen.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verhandelt. Die Kläger wurden abgewiesen, weil es festgestellt sei, daß von jeher die Zuschläge schwankend waren und deshalb kein rechtlicher Anspruch auf 15 Proz. bestehe. Das Affordsystem der Firma wurde kritisiert und die Firma aufgefordert, in Zukunft die Höhe des Zuschusses 14 Tage vor der Lohnung bekannt zu geben.

Aus dieser Verhandlung geht zur Genüge hervor, zu welchen Unklarheiten das Affordsystem einiger Werke führt. Der Affordzettel schlummert in dem Schrant des Meisters und kein Arbeiter hat Kenntnis von den festgestellten Sätzen. Bei Eingang des Arbeitsverhältnisses wird nichts von Afford, sondern nur von Zuschlag gesprochen. Wie können die Arbeiter ferner ihren Lohn berechnen, wenn sie wirklich von den Affordätzen Kenntnis hätten, aber nicht wußten, wieviel Schuld sie noch von früheren Lohnperioden abzutragen haben. Ueberhaupt fordert es den schärfsten Widerspruch heraus, wenn Arbeiter, die auf dem Werke anfangen, sogenannte Schulden aus früherer Zeit abtragen sollen.

Ausschließend an diese Verhandlung möchten wir noch erwähnen, daß auch die sonstigen Verhältnisse auf dem Werke keine musterartigen genannt werden können, insbesondere was die Behandlung seitens der Meister betrifft. Der bereits erwähnte Meister Fink verhielt sich sogar schon soweit, einen bei ihm vorstellig gewordenen Arbeiter durch Hervorholung eines Revolvers einzuschüchtern. Solch energisches Beginnen kann man nur begreifen, wenn man berücksichtigt, daß der betreffende aus dem königreich Elum na hierher verpflanzt worden ist. Auch die Direktion würde sich nichts vergeben, wenn sie den Wünschen ihrer Arbeiter mehr Rechnung tragen würde. Eine Eingabe der Arbeiter um Anstellung eines weiteren Kassenzustellens ließ man völlig unberücksichtigt, ja fand es nicht einmal der Mühe wert, dieselbe auch nur zu beantworten. Hierbei war das Verlangen durchaus gerechtfertigt, hatten doch die Arbeiter durch das stundenlange Warten bei den wenigen Kassenzustellern mit dem Verlust von halben Schichten zu rechnen.

Eine Regelung der Arbeitsbedingungen ist dringend geboten, und diese kann nur dann eintreten, wenn die Arbeiter aus der Organisation die Kraft und Fähigkeit schöpfen. Darum ihr Arbeiter des Kupferwalzwerkes, wollt ihr nicht mehr unter solchen Verhältnissen leiden, dann hinein, Mann für Mann, in den Westfälischen Metallarbeiterverband.

Falkau. Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Falkau stehen in einer Bewegung.
Eingen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

München. Die Bewegung in der Gelbmetallindustrie ist mit Erfolg beendet.

Bekanntmachung.

Ist die Arbeitslosen-Zählkarte abgefordert?

Sämtliche Ortsgruppen werden hoffentlich diese Frage mit Ja beantworten können. Bei Schluß der Redaktion fehlten noch eine Anzahl von Gruppen. Sollte die Absendung der Karte bis jetzt noch nicht geschehen sein, so ist es sofort ohne Säumen nachzuholen. Die pflichtvergeßenen Gruppen, welche die Karte nicht einsenden, werden wie bisher im Organ veröffentlicht werden.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. Oktober der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. Oktober 1907 fällig.

Die Ortsgruppe Pforzheim erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Gesamtwochenbeitrages von 65 Pfg.

Die Ortsgruppen Lambrecht und Darmstadt erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtzahlung hat die Entziehung statuarischer Rechte zur Folge.

Rath-Genmar. Das Mitgliedsbuch Nr. 21371 auf den Namen Josef Wessel lautend, ist verloren gegangen. Falls dasselbe bei einer anderen Ortsgruppe vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und an die Centrale einzuliefern.

Aus dem Verbandsgebiet.

Eine Bezirkskonferenz der westpreussischen Ortsgruppen.

Die dem Berliner Agitationsbezirk angeschlossen sind, fand am Sonntag, dem 22. September in Danzig statt. Der weiten Entfernung und der damit verbundenen großen Reisekosten halber, waren die Ortsgruppen Elbing, Danzig, Poppot, Graudenz und Bromberg auf der am 5. Mai d. J. in Berlin tagenden Konferenz nicht vertreten. Aus diesem Grunde fand die jetzige besondere Konferenz nachträglich statt. Außer Poppot waren alle Gruppen vertreten. Das Fernbleiben der Poppoter verdient den schärfsten Tadel. Der Bezirksleiter Winter eröffnete gegen 1/2 11 Uhr diese erste Konferenz. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über den Stand der Bewegung im Bezirk; 2. Bericht der Delegierten über die gewerkschaftliche Situation in den einzelnen Orten; 3. Wie ist es möglich, die Mitgliederzahl im engeren Bezirkegebiet zu heben.

Zum Leiter der Tagung wurde Kollege Winter, zum Schriftführer Kollege Nowak-Danzig gewählt.

In seinem Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung verwies Kollege Winter auf den allen Ortsgruppen zugegangenen jährlichen Jahresbericht, der ja auch im Verbandsorgan veröffentlicht wurde. Dennoch hat sich nach der Abtrennung des jetzigen Hannoverischen und des Schlesischen Bezirke die Mitgliederzahl von 709 auf 1072 gehoben. Die Entwicklung im laufenden Berichtsjahre befriedigte noch nicht. Die auf der Konferenz in Danzig vertretenen 5 Ortsgruppen hätten im ersten Halbjahr 1907 eine Zunahme von nur 21 Mitgliedern zu verzeichnen. Im zweiten Quartal 1907 sei Graudenz mit 4,60 Mark weniger Einnahme als im ersten Quartal vermerkt. Im ganzen sei zwar eine prozentuale Steigerung der Einnahmen pro Mitglied zu verzeichnen.

Die Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich sei mit Ausnahme der Gruppe Wale a. S., welche bis jetzt nur einen 5 Pfennig-Beitrag hat, fast in allen Gruppen geschehen. In den launigen Gruppen sei das Fehlende baldigst nachzuholen. Auch an die Zahlung der Delegiertensteuer, welche vierteljährlich zu entrichten ist, wurde erinnert. Die Einführung des Lokalbeitrages habe in manchen Ortsgruppen einen kleinen Verlust von Mitgliedern verursacht. Dieser Mangel an Disziplin bei diesen Egoisten verdient den schärfsten Tadel.

Der Verkehr mit der Bezirksleitung in einigen Gruppen zu wünschen übrig. Leider hätten sogar Pögen im Verbandsorgan weissen nicht

pünktlicher Einsendung der Karten für die Arbeitslosenstatistik und zu spät erfolgter Quartalsabrechnung erfolgen müssen. Durch diese Saumseligkeit einzelner Gruppen sei es denn nicht möglich, den Ortsgruppen pünktlich einen Bericht über die Entwicklung der Bewegung im Bezirk zu geben. Mit dem Ersuchen, das Veräumte nachzuholen, sich an Pünktlichkeit zu gewöhnen und mit Eifer in die Agitation einzusetzen, schloß Kollege Winter seinen Bericht.

Im Anschluß hieran erstatteten die Delegierten Bericht von ihren Ortsgruppen. Kollege S. von Graudenz führte etwa folgendes aus: Wir hatten kurz nach Gründung der Ortsgruppe etwa 50 Mitglieder. Die Kollegen glaubten nach Beitritt zum Verbands im Sturm die vorhandenen Mißstände in den Betrieben behoben zu sehen. Als dies nicht eintrat, kehrten sie dem Verbands in großer Zahl wieder den Rücken. Zudem liegt die ganze Tätigkeit in der Ortsgruppe in den Händen einzelner. Eine Tageszeitung zur Verbreitung unserer Ideen steht uns nicht zur Verfügung. Er beantragt eine den Eigenartigkeiten der Verhältnisse im engeren Bezirk entsprechende Agitationsmethode, die er näher bezeichnet.

Kollege A., Danzig, macht den Verbandsfortschritt von der Anstellung eines Beamten abhängig. Ohne Maßregelung zu befürchten, dürfe in den kaiserlichen Werken seitens der Kollegen nicht agitiert werden. Er meint, von den vielen Verbandsbeamten im Rheinland sei einer zu entbehren, um im Osten Verwendung zu finden. Zur Zahlung eines Extrabeitrags seien die Danziger Mitglieder bereit. Zu bedauern sei, daß der Verband der Hilfs- und Transportarbeiter diejenigen Mitglieder, welche den höheren Beitrag in unserem Verbands nicht zahlen wollten, in seinen Reihen Aufnahme gewährte. Zur Verbreitung der Verbandsideen ständen außer in Danzig nur wenige Blätter zur Verfügung.

Kollege B., Danzig, hebt hervor, daß der Vorstand der Danziger Ortsgruppe selbst Schuld daran trage, daß der Extrabeitrag nicht schon längst eingeführt sei. Die Zentrale mache Fehler, indem sie die Beamten teils in total sozialistisch versuchte Gegenden anstelle und Gegenden wie West- und Ostpreußen unbeachtet lasse. (Da befindet sich der Kollege in einem schweren Irrtum. Red.) Im Osten Deutschlands sei auf materiellen Erfolg bestimmt zu rechnen.

Kollege Fehmert, Elbing, hebt bedauernd hervor, daß man in den evangelisch-konfessionellen Vereinen noch nicht mit der ganzen Wärme für die christliche Bewegung eintrete. Er führt dies auf Unkenntnis über die gewerkschaftlichen Richtungen zurück. Auch er erhebt Klage über den Hilfs- und Transportarbeiterverband, dessen Mitgliedschaft in Elbing sich fast ausschließlich aus Schlossern, Riefern und Stemmern zusammensetze.

Es sprachen ferner noch ein Vertreter von Bromberg und ein Kollege von Elbing.

Winter nimmt im Schlußwort die Zentrale in Schutz. Jede Ortsgruppe, jeder Bezirk glaube sich benachteiligt. Eine Ueberzahl von Beamten sei in Rheinland und Westfalen nicht vorhanden, wo fast nur mit lauter Großstädten zu rechnen ist. Die Anstellung eines Agitationsbeamten für die Provinzen West- und Ostpreußen sei gewiß erwünscht, aber der Beamte allein mache es auch nicht. Der Zentralvorstand, welcher in den letzten zwei Jahren aus dem früheren Ostdeutschen Bezirk drei Bezirke mit je einem Beamten gemacht habe, werde auch den weiteren Wünschen der Kollegen nach Möglichkeit Rechnung tragen. Vorbedingung der Kollegen im engeren Bezirk sei jedoch, Sorge zu tragen, daß durch eine entsprechende Mitgliederzahl und Extrabeitrag die Grundlage, auf welcher ein Beamter tätig sein könne, geschaffen werde.

Das Resultat der Tagung bezw. die Entschlüsse, welche die zukünftige Agitation betreffen, wurden in einer Resolution festgelegt. Selbige ist den einzelnen Ortsgruppen zugeandt, und jetzt handelt es sich darum, daß in den einzelnen Ortsgruppen das Beschlossene auch durchgeführt wird. Nur dann hat die Danziger Konferenz ihren Zweck erfüllt.

Nachen. (Ein Mahnwort an die christlichen Arbeiter.) Wer im Gewerkschaftsleben steht, wird wohl schon öfter die Beobachtung gemacht haben, daß in Stadt und Land unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen der einzelnen Berufe viel zu wenig Fühlung vorhanden ist. Man geht gleichgültig aneinander vorbei, ohne sich gegenseitig in der Agitation zu unterstützen, oder miteinander zu beraten über wichtige Sachen, an denen nicht nur der eine, sondern alle Berufsgruppen am Orte interessiert sind. Ja, es hat sogar vielfach den Anschein, als ob einzelne Kollegen, von solchem Berufsstolz geleitet, es nicht für notwendig und gut erachten, anderen, schlechtergestellten Kollegen in gewerkschaftlicher Kameradschaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auf das Entschiedenste müssen solche Vorkommnisse verurteilt werden, weil dadurch der Agitation die größten Schwierigkeiten gemacht werden. In manchen Orten ist das langsame Vorwärtstommen der christl. Arbeiterbewegung auf das Konto der oben geschilderten Zustände zu setzen. Das darf in Zukunft nicht mehr so weitergehen. Die christl. Arbeiterbewegung muß sich darüber klar werden, daß alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes, Angehörige eines Standes, des Arbeiterstandes sind, und es der Pflicht der kameradschaftlichen Seite und des

christlichen Zusammenhanges aller christl. Arbeiter bedarf, um den Arbeiterstand gegenüber dem Unternehmertum und der Öffentlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Nachen und Umgegend, hat sich u. a. die Pflege des Standesbewußtseins unter der Arbeiterklasse zur Aufgabe gestellt. Gemäß Absatz 2 seiner Satzungen sollen in allen Orten, mit mehreren Berufsgruppen örtliche Kommissionen gebildet werden, bestehend aus Mitgliedern der verschiedenen Vorstände. Aus der für diese Kommissionen geschaffenen Geschäftsordnung ersieht man, daß es u. a. Aufgabe dieser Kommissionen sein soll, durch den örtlichen Verhältnissen angepaßte Agitation und durch sonstige zweckentsprechende Maßnahmen die Gewerkschaftsbewegung am Orte zu fördern. Ferner sollen sie dahin wirken, daß, von den Ortsgruppen und Zahlstellen, mehr als dieses bis heute an manchen Orten der Fall ist, regelmäßige Versammlungen abgehalten werden. Weiter sollen sie den kameradschaftlichen Geist und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Abhaltung von gemeinsamen Versammlungen für alle Berufsgruppen und -Kolleginnen zu heben versuchen. Auch werden diese Kommissionen dafür zu sorgen haben, daß am Orte ein gemeinsames Verkehrslokal bestimmt wird, in welchem nicht nur die Versammlungen und Sitzungen abzuhalten sind, sondern wo auch den Kollegen in ihrer freien Zeit und besonders Sonntags Gelegenheit geboten wird, sich kennen zu lernen, und durch den Austausch von Erfahrungen oder Diskussionen über wichtige Tagesfragen ihr Wissen zu erweitern. Es ist selbstverständlich, daß in einem solchen Lokale, die der christlichen Arbeiterbewegung geneigten Tagespresse und die Gewerkschaftspresse aufliegen muß. Wenn jeder Gewerkschaftler, besonders aber die in führender Stellung stehenden Kollegen, sich ihrer Aufgabe voll bewußt sind, so werden auch im Nacheren Bezirke verschwinden, und die Arbeiterklasse wird sich noch mehr, manche unliebsame Erscheinungen im Gewerkschaftsleben als dies bis heute der Fall ist, nach außen hin Achtung und Anerkennung verschaffen können. Der Herbst rückt heran und mit ihm die Zeit, wo die Winteragitation beginnen soll. Darum, Kollegen, fort mit der Abgeschlossenheit in den einzelnen Berufsgruppen, fort mit dem falschen Berufsstolz und der Gleichgültigkeit mit dem Wohlergehen anderer Kollegen, sondern wader mitgearbeitet in der Agitation für die christlichen Gewerkschaften. Keiner lege die Hände in den Schoß, jeder tue seine Pflicht, denn:

„Der Menschheit größte Zauberkräft liegt im vereinten Streben.“

Oggerheim. Das Fiasko der sozialdemokratischen Verbände bei der Lohnbewegung in der Anilinfabrik machten es uns zur Pflicht, die Arbeiterklasse über das schädliche Treiben dieser Verbände aufzuklären. Zu diesem Zwecke hatte die hiesige Ortsgruppe am Samstag, den 21. Sept., eine öffentliche Versammlung einberufen, mit der Tagesordnung: die abgebrochene Lohnbewegung der Anilinfabrik. Der Bezirksleiter Kollege Scheerer-Offenbach hatte das Referat übernommen.

Er behandelte zunächst die Taktik der Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften, gedachte der großen Aussperrung, die von denselben dieses Jahr inszeniert wurde — die aber auch durch die Haltung und Taktik der soziald. Gewerkschaften vollständig verloren ging. Dann kam er auf die Lohnbewegung der Anilinfabrik zu sprechen. Hier zeigte er so recht den Arbeitern, wie gerade durch die Unbesonnenheiten der freien Führer die Arbeiter wieder einmal leer ausgingen.

Zuerst hatte man dort den Mund nicht voll genug nehmen können, wir haben 6 1/2 Tausend Arbeiter hinter uns stehen, wir werden den Kampf führen bis aufs Messer. Und nachdem die Direktion auf nichts einging, da war es mit der Streikluft vorbei, man ist zusammengeknickt wie ein schwankendes Rohr. Nach den ersten Versammlungen hätte man glauben können, in wenigen Tagen seien an Stelle der Direktion die Genossenführer Prüll und Regner getreten. Aber die Sache kam anders, man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Lebhafter Beifall erteilte der Redner für seine sachlichen Ausführungen. Hierauf fand freie Diskussion statt, von der zunächst Genosse Prüll, der mit einem Stabe von ungefähr 20 Mann anwesend war, Gebrauch machte.

Statt nun auf das Referat des Kollegen Scheerer einzugehen, suchte er an einem Flugblatt herum zu nörgeln, das der Hilfsarb.-V. über diese Bewegung herausgegeben hatte, wußte aber recht schön jene Stelle zu umgehen, was ihr Leit-Organ, die „Mannheimer Volksstimme“ geschrieben hatte. Wir lassen diesen Artikel hier folgen.

„Die Lohnbewegung ist beendet; leider ist ein Resultat mit dieser Bewegung nicht erzielt worden. An den Arbeitern hat es nicht gelegen, wenn nichts erreicht ist, sie waren gewillt, es auf eine Entscheidung evtl. ankommen zu lassen, in der Meinung, daß alle Voraussetzungen für einen solchen Kampf gegeben seien.“ Daß ein solcher Kampf jetzt unmöglich sei, ist ihnen leider vor Beginn der Bewegung nicht gesagt worden und so kam, was kommen mußte. Die verammelte Massen wurden wieder nach Hause geschickt. Daß die Arbeiter über den blinden Lärm verärgert sind und diesem Werg in der Versammlung Ausdruck gaben, ist verständlich genug. Ueber eine Stunde hatte dieser Genosse gesprochen, gewiß ein Zeichen, daß auch dem Gegner volle Redefreiheit gesichert war. Als nächster Diskussionsredner sprachen Heinz und Jang aus Ludwigshafen, die dem Genossen manches sagten, was er wohl nicht gern hörte. Dann gab der Vorsitzende eine Resolution bekannt, die eingelaufen war und folgenden Wortlaut hatte: Die heutige öffentliche christl. Metallarbeiter-Versammlung im Oggerheim stimmt voll und ganz den Ausführungen des Referenten Kollegen Scheerer zu. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß nur durch Zusammenschluß in den christl. Gewerkschaften, speziell im christl. Metallarbeiter-Verband es möglich ist, die Interessen der Arbeiter voll und ganz zu wahren und zu vertreten. Die Versammlung ist ganz besonders davon überzeugt, daß die letzte Lohnbewegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik nicht zu dem Zwecke inszeniert wurde, die Lage der Arbeiter dort zu verbessern. Die Versammlung verpflichtet, unentwegt an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften, speziell des

Briefkasten der Redaktion.

Nach Ludwigshafen. In dem letzten Bericht von dort, war halb das vierte und fünfte Wort nur zur Hälfte oder gar nur zu einem Viertel ausgeschrieben. Das ist doch etwas allzuwenig und solche Berichte bleiben in Zukunft unberücksichtigt. Der Redaktion gibt das sehr unnötige Arbeit, da doch jedes Wort vor Ablieferung in die Segerei ausgeschrieben werden muß, was noch um so schwieriger ist, wenn die Worte und Zeilen so schon wie Häringe in einer Tonne zusammengepreßt sind. Mögen sich alle Korrespondenten deshalb nochmals einprägen, kein — aber auch kein einziges — Wort in einem für's Organ bestimmten Artikel abzukürzen. Wo solches angängig ist, geschieht das durch die Redaktion.

Kollege M. Nachen. Natürlich einsehend. Der Genosse Seering kennt entweder die Geschichte der Hüttenarbeiterbewegung sehr schlecht oder hat den Nacher Arbeitern etwas vorgeschlunert. Nicht 1903, wie S. „irrtümlich“ gesagt haben soll, sondern 1905, also ein Jahr nach dem ersten Vorstoß des christlichen Metallarbeiterverbandes auf seiner Offenbacher Generalversammlung, hat Sie die Rede im Reichstag gehalten, die vornehmlich aber einen politisch-agitatorischen Zweck, nämlich den Sturz des damaligen Abgeordneten Stöbel-Essen verfolgte. Bei S. mihin „Geschichte: ungenügend“.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Kollege Jonas, Hannover. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß sich die Ortsgruppen in allen Angelegenheiten zuerst an ihren Bezirksleiter zu wenden haben und nicht an die Zentrale. Dasselbe trifft besonders zu, wenn Anträge eingeleitet von Kollegen oder Ortsgruppen untereinander zu verzeichnen sind. Nur wenn das keinen Erfolg hat, mag man sich an die Zentrale wenden. — Bei Uebersendung von Zeitungsausschnitten oder sonstiger allgemeiner Mitteilungen bedarf es doch wohl keines Einschreibebriefes. Auch das Porto, was unumgänglich ausgegeben wird, sind Arbeitergroßen, und damit hat sich jeder größtmöglicher Sparsamkeit zu befleißigen.

Nach Reichlingen. Abzeichenartige Markierungen von Postkarten auf Briefe oder andere Postarten zu kleben, ist unzulässig. Die werden von der Post als unfrankiert behandelt und kosten Straßporto. Das ist in Zukunft zu beachten. — Das Straßporto nimmt in letzter Zeit überhand. Innerhalb fünf Tagen, 1. bis 5. Oktober, mußten wir Straßporto zahlen für Briefe aus: Singen 20, Singen 20, Ebing 20, Mühlheim (Ruhr) 20, Jherlohn 20, Frankfurt 20, Deuben 20, Kreisid 20, Salbe 20, Berlin 20 Pfg. Das wächst bald zu einem wirklichen Unfug aus. Mögen die Korrespondenten doch etwas mehr Sorgfalt bei der Frantierung der Postsendungen an den Tag legen, denn das Straßporto ist weggevorjenes Geld.

Aufforderung.

Diejenige Ortsgruppe, in welcher sich der Kollege Fritz Schulte aus Wehringhausen bei Hagen als Mitglied anmeldet, wolle dessen Adresse an den Vorsitzenden Ludw. Schultens, Gaspe, Hestertstr. 57 senden.

Sterbetafel.

Singen. Unser Kollege Jakob Schuele starb am 1. Oktober nach langer Krankheit im Alter von 35 Jahren an Lungenüberkuloße.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Duisburg. Die Geschäftsstelle der Sozialrechnung wurde am 1. Oktober von Konfessionstraße 61 nach Konfessionstraße 132 verlegt, was von den Mitgliedern, auch den zu und durchreisenden beachtet werden möge.

Secretariat des Bezirkes Nordböhmen-Nürnberg. Am 1. Oktober erfolgte die Verlegung unseres Secretariates nach Zuckmühle 911. Sprechstunden sind festgelegt: vormittags 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 1/2 Uhr. Sonntags und Montags ist wegen auswärtiger Agitation geschlossen. Meldungen und Auszahlungen für Erwerbslosen- und Reiseunterstützung erfolgen im Secretariat, wobei nach Möglichkeit die angegebenen Sprechstunden eingehalten sind.

Berichtungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbetruhter Gewerkschafter wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen. Mittling. Jeden 2. Sonntag im Monat Versammlung. Vormittags 10 Uhr. Bochum. Sonntag, 13. Oktober, nachm. 6 Uhr bei Fuppert, Alledrahe. Conauer (Hilb.). Jeden 2. Sonntag im Monat Frauenmänner-Versammlung. Jeden 4. Sonntag Versammlung beim Wirt S. Hilb. Darmstadt. Jeden ersten und dritten Freitag im Monat Mitglieder-Versammlung.

rührlige Agitation den Verband auf die Stelle zu bringen, die man ihm heute noch zu versagen glaubt.

Diese Resolution wurde bis auf die roten mit allen Stimmen angenommen. Hierauf erließ Kollege Scheerer das Schlusswort, in dem er noch hervorhob, daß er den Genossen Prüß nicht in der Weise entgegenzutreten wollte, wie man es beim Schlusswort auf jehald. Seite getohnt sei. Dem soz. Grundfah treu, habe Prüß versucht, der Masse zu schmeicheln und den christl. Führern vor den Wangen zu treten. Betreffs des Geschäftlichen Prüß, daß auch die soz. Gewerkschaften durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, mit uns gemeinsame Sache zu machen, wo es möglich wäre, hob Scheerer so recht hervor, daß gerade das Wachsen der christlichen diese Macht der Verhältnisse bedeute und schloß mit einem Appell an alle Anwesenden, treu zur Sache zu stehen, ein jeder solle mit-helfen, dem Verband neue Kämpfer zuzuführen, daß auch einmal die christl. Arbeiterschaft hier in die Lage kommt, ihren Einfluß geltend zu machen. Mögen daraus unsere Kollegen die nötigen Lehren ziehen und auch einmal in der Tat beweisen, daß sie wirkliche christliche Gewerkschafter sind.

Ferlohn. In Nr. 39 des „Regulator“ befindet sich ein Versammlungsbericht unter Ferlohn; der von solcher Niedrigkeit zeugt, daß ehrliebe Menschen, die gezwungen sind, dieses Geschreibsel zu lesen, wirklich zu bedauern sind. Revolverjournalismus ist die einzig richtige Bezeichnung dafür. Am 3. August dieses Jahres fand die Versammlung statt, am 29. September, etwa 2 Monate später, berichtet der „Regulator“; das ist bezeichnend, erklärt sich aber daraus, daß auf der S.-D. Seite unsere Feststellungen in Nr. 35 des deutschen Metallarbeiters sehr schwer empfunden wurden, und nun, koste es was es wolle, nach dem Recepte des neuesten Geheimzirkulärs die Deffentlichkeit angezwängt wird. Dieser plumbe Nöthdürftigkeit verjagt aber seine Wirkung. Trotz aller Anpöbelungen folgen wir dem „Regulator“ nicht auf persönliche Gebiet, vielmehr erklären wir: Herr Böller, es ist unwahr und Sie sagen entweder jahrelang oder absichtlich die Unwahrheit, wenn Sie L. sagen:

1. In Bielefeld sind die Arbeiter von dem christlichen Metallarbeiterverband in den Streit geholt worden.
2. In Minden sind die Christlichen vom Vorsitzenden denunziert worden.
3. Der christliche Kollege Droidch ist aus der Versammlung ausgewiesen worden.
4. Die Gogener Zählstelle hat dem Abg. Deumer Material geliefert, gegen die Arbeiter.
5. Der Professor Sombart verurteilte im letzten Jahre die christl. Gewerkschaften.
6. Superintendent Meierpeter-Hattingen bezeichnet die christl. Gewerkschaften als Sekundenschulen des Zentrums etc.
7. Daß in der Versammlung von den Christlichen gebillt worden ist.
8. Daß Sie mit ihrem Anhang unter d i r e k t e Lebensgefahr das Volk verließen.
9. Daß die Versammlung aufgelöst wurde.

Wahr ist, was in Nr. 35 des deutschen Metallarbeiters in „der Arbeit“ und im „Märkischen Volksblatt-Ferlohn“ festgestellt wurde. Der Raum unseres Verbandsorgans ist viel zu schmal, sonst könnten diese Feststellungen hier noch einmal veröffentlicht werden. Wahr ist ferner, Herr Böller, daß Sie gemiffen haben.

Wahr ist ferner, daß Ihnen schon seit 6 Wochen bekannt sein muß, daß ich Sie der Unwahrheit zieh, Sie aber nichts getan haben um den Beweis für Ihre frivolen Behauptungen zu erbringen. Vielmehr das einzige, was bis jetzt erjehen, ist der Lügen-Bericht im „Regulator“. Angeichts dessen lehne ich es ab, mit Ihnen zu diskutieren. Denken, die objektiv die Unwahrheit sagen, überläßt man ihrem Schicksal. Also, Herr Böller, ich bin gespannt auf den Wahrheitsnachweis. U. A. M. D. Solange Sie denselben nicht erbracht haben, scheiden Sie aus der Diskussion aus. E. W. Gamm.

Edw.-Gmünd. Eigenartige Ansichten über Kollegialität scheint der Former, halb hätten wir gesagt: Meister, Anton Steffler, in Giengeßerei Gatter & Schüle zu haben. Jedenfalls aus Wut darüber, daß ein paar Kollegen zu uns übertraten, ist dieser Mann ganz aus dem Häuschen. Katholischer Dumpe, gegenjehneiliger Jesuit, das ist eine kleine Blütenlese der Umgangssprache dieses Herrn.

Neulich ließ derselbe sich sogar hinreißen, einen unserer Kollegen, weil er am Abend etwas früher Schlaf machte, da er zur Installation des neuen Herrn Plawers wollte, an der Brust zu packen u. zu mißhandeln. Sollte dieser Held nicht bald seinem Haß gegen unsern Verband etwas die Jügel anlegen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als ihnen ganz gehörig auf die Finger zu kloppen, das mögen sich auch noch andere Herren des betreffenden Betriebes merken.

Unsern Kollegen jedoch die Mahnung, fest und treu zur Sache zu stehen, dann werden auch dort geistliche Verhältnisse zu schaffen sein. G.

Gelsenkirchen. Der stetige Aufschwung unseres Verbandes am hiesigen Orte hat die Herren „Genossen“ ganz nervös gemacht. Mit den schärfsten Mitteln suchen sie uns zu bekämpfen und zu verächtigen; doch alle Mühen erweisen sich als wirkungslos. Am letzten Sonntag haben sie uns sogar eine Extra-Heberversammlung gewidmet, zu der sie in marktjehneiliger Flugblätter ihre Mit- und Nachbarn zum Sturm gegen den christlichen Metallarbeiter-Verband auf die Schanzen riefen. Mögen die roten Hetz- und Schimpfapostel nun toben, schimpfen und verkommen, so laut und lange wie sie wollen, es wird doch alles nichts helfen. Der rote Verband bekommt dadurch kein Mitglied mehr, ehe im Gegenteil, und unsere christlichen Metallarbeiter lassen sich von dem Geschrei der roten Reihharde nicht im geringsten heitren. Sie arbeiten weiter auf der bisherigen Bahn, vorwärts heißt die Lösung, allen roten und gelben Brüllaffen und sonstigen Feinden und Hindernissen zum Trotz.

Duisburg L. Samstag, den 12. Okt. abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Seitenstraße 19, Versammlung mit Vortrag (Sektion Kleingewerbe, Schloffer u. Schmiede). Sonntag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Essen-Altenhof. Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung bei Dillenburger (Witwen-Altendorferstraße).

Essen-Puttrop. Sonntag, den 13. Oktober, Versammlung bei Staltpop.

Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wallney, Rüttenscheiderstraße.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 11 Uhr öffentliche Feuerarbeiter-Versammlung, zu welcher sämtliche organisierte Kollegen erscheinen und durch rege Agitation ein guten Besuch herbeiführen müssen. Versammlungsort: Josephshaus.

Essen-Verden. Samstag, den 12. Oktober abends 9 Uhr Versammlung bei Schul, Grafenstraße.

Grödenbaum. Samstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr Monats-Versammlung bei Prätigam.

Grüne. Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Hause des Herrn A. Jobel.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 13. Okt., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Matius, Bochumerstraße.

Gelsenkirchen-Ostde-Wartung. Sonntag, den 13. Okt. nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung im Germaniaaal.

Hamm (Nordend). Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Häpse. Unsere Versammlungen finden jeden 2. Samstag abends 8 1/2 Uhr und jeden 4. Sonntag, vorm. 11 Uhr im Klub beim Wirt Kink, Kölnstr. statt.

Jugoschadt. Vom 1. Oktober an sind alle Zuchristen e an Kollege Michael Reichenberger, Schleienmühl 3 zu senden.

Jherlohn. Das Verkehrs- und Versammlungsort für christlichen Gewerkschaften befindet sich Karrenstraße 7, Wirt'sches Eck. Durchreisenden Kollegen stellen Betten zur Verfügung. Christliche Gewerkschafts-Presse liegt auf.

Kalk. Sonntag, den 13. Oktober morgens 10 Uhr Versammlung bei Scherdt.

Köln. Sonntag, den 20. Oktober, vorm. punkt 11 Uhr im Vereinslokal, Rohannisstraße 25. Vortrag unseres Ehrenmitgliedes Herrn Schall über Unfallversicherung.

München. Ab 1. Oktober befindet sich der Arbeitsnachweh-Gedonwerstr. 6, Telefonnr. 4902. Auszahlung und Kontokonto beim Kollegen Wagner, Weisenburgerplatz 2, 2. Stg. von 12- und abends 6-8 Uhr.

Münster. Samstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr „Anker“ Schillerstraße 30 Monats-Versammlung. Referat: Gewerkschaften und Klassenkampf. Referent: H. D. Schilla.

Neheim. Sonntag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr „Seitenschiff“ über Saal, Versammlung. Tagesordnung: Quartalsbericht. 2. Welche Verbandsarbeiten wollen wir die Winter vornehmen.

Oberhausen. Sonntag, den 13. Oktober, morgens 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung. 11 Uhr Versammlung Vortrag Kollege Burgard.

Siegburg. Sonntag, den 13. Oktober, morgens punkt 11 Uhr Mitgliederversammlung im Minoriten. 11 Uhr öffentliche Versammlung betreffs Einführung des Gewerkebegriffs für die Siegburg. Referent: Arbeitersekretär Dreßler.

Stettin. Sonntag, den 13. Oktober, vorm. 11 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus bei Lütkeherm Diskussionsstunde.

Straßberg. Sonntag, 13. Oktober, vorm. 1/11 Uhr Waren Mitgliederversammlung.

Sülzbach (Wagen). Am 12. Oktober, abends 8 Uhr Wolf. Zweck Unterrichts-Kursus. Leitung: Kollege Konrad a Nürnberg.

Thale am Harz. Sonntag, den 13. Oktober nachmittags 4 Uhr im „Braunen Hirsch“ Versammlung mit Vortrag.

Weimar. Sonntag, 13. Oktober, nachm. 4 Uhr bei Niedemann, Kohlenstraße.

Witten. Am 13. Oktober, vormittags 10 Uhr bei Witten in Witten gemeinschaftliche Versammlung der Zählstelle Witten und Annen. Tagesordnung: Zentralisierung der beiden Zählstellen.

Kalk. Kalk. 10 Prozent Rabatt

Jedem Einkauf auf sämtliche Herren- und Damen-Konfektion erhalten die Mitglieder bei Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Kaufhaus Edmund Geer.

Riepenferl. Tabake sind allen voraus! 1/2 Pfd.-Paquete à 20 Pfg. bis 1 Mark. Überall käuflich! Kleine Fabrikanten: Oldenkott-Rees.